Marktgemeinde
SEEWALCHEN AM ATTERSEE

Sitzungsnummer: **GR/04/2022**
Bearbeiter: AL Riedler Christoph
E-Mail: gemeinde@seewalchen.eu

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die **öffentliche Sitzung des Gemeinderates**

der Marktgemeinde Seewalchen a.A, am **Donnerstag, den 19.05.2022 um 19:00 Uhr**

im Rathaussaal, Rathausplatz 1 , 4863 Seewalchen am Attersee.

Anwesende:

ÖVP - Fraktion

1.	BGM.	Gerald Egger, MBA	ÖVP	
2.	GV.	Markus Kitzberger	ÖVP	
3.	GR.	Gerald Filimon	ÖVP	
4.	GR.	Markus Muhr	ÖVP	
5.	GR.	Ing. Harald Mayrhofer	ÖVP	
6.	GR.	Ing. Martin Günther	ÖVP	
7.	GR.	Franz Bauer	ÖVP	
8.	GR.	Peter Reiter	ÖVP	
9.	GR.	Jakob Moser	ÖVP	
10.	GR.	Mag. Maria Dachs	ÖVP	
11.	GR.	Sebastian Kritzinger	ÖVP	
12.	GRE.	Mag.Dr. Bernhard Roither	ÖVP	Vertretung für Frau Klaudia Haberl
13.	GRE.	Christoph Gingl	ÖVP	Vertretung für Frau Elisabeth Neuwirth

FPÖ - Fraktion

14.	GV.	Karin Hemetsberger	FPÖ	
15.	GR.	Mag. Erich Kaniak	FPÖ	
16.	GR.	Mag. Irene Autengruber	FPÖ	
17.	GR.	Bernhard Niedermayr	FPÖ	
18.	GR.	Siegfried Schmuck	FPÖ	

SPÖ - Fraktion

19.	VBGM.	Jürgen Kirchberger	SPÖ	
20.	GV.	Ing. Kurt Berger	SPÖ	
21.	GR.	Kerstin Zoister	SPÖ	
22.	GR.	Harald Huber	SPÖ	
23.	GR.	Harald Bodner	SPÖ	
24.	GR.	Rudolf Stockinger	SPÖ	
25.	GR.	Ursula Klein	SPÖ	

Grüne - Fraktion

26.	GR.	Eva Kaiser, MSc	GRÜNE	Vertretung für Frau Claudia Hauschildt-Buschberger
27.	GR.	Dr. Siegfried Gierlinger	GRÜNE	
28.	GR.	Mag.a Ursula Kölblinger	GRÜNE	
29.	GR.	Dr. Dunja Lamatsch	GRÜNE	
30.	GR.	Dipl.-Ing. Leonhard Eitzinger-Lange	GRÜNE	
31.	GR.	Mag. Bernhard Strauch	GRÜNE	

Schriftführer

AL.	Christoph Riedler	

Zuhörer: 37

BÜRGERFRAGESTUNDE

Herr Gernot Blaikner: Er habe eine Frage zum ehemaligen Areal der Wildbachverwaltung. Es habe seines Wissens in der Gemeinderatssitzung vom 1.7.2021 auf Antrag von Herrn Kurt Berger einen Beschluss gegeben, ein Neuplanungsgebiet über dieses Areal zu legen. Das wäre damals einstimmig gewesen, glaube er. Das Thema sei dann in den nächsten fünf Gemeinderatssitzungen als Tagesordnungspunkt nicht mehr aufgetaucht, war nicht mehr Bestandteil der Tagesordnung. Jetzt wäre seine Frage, was sei seit dem Beschluss vor beinahe 11 Monaten in der Zwischenzeit passiert?

GR Harald Mayrhofer: Es sei ein Neuplanungsgebiet beschlossen worden, allerdings noch nicht im Gemeinderat. Dazu brauche es eine Vorhebung. Das heiße, man habe den Ortsplaner beauftragt. Das sei im Laufen. Es werde auch ein Verkehrskonzept verlangt von dieser Liegenschaft wegen der Zufahrt. Wenn das alles vorliege, da sei man wieder im Planungsausschuss damit und dann könne man das Neuplanungsgebiet beschließen. So laufe das dann.

Herr Gernot Blaikner fragt, ob er noch eine Frage stellen dürfe: Wie sei grundsätzlich parteiübergreifend zum diesem Areal der politische Wille hier ortsbildnerisch gestaltend einzugreifen? Jeder kenne dieses Areal. Es sei ein neuralgisches Gebiet am Ortseingang von Seewalchen und wenn die kolportieren Kaufpreise stimmen würden, dann würde der Investor dort doch einiges hinbauen müssen, um zum Reinvest zu kommen und da würde ihn interessieren, wie grundsätzlich die Meinung im Gemeinderat dazu sei, die grundsätzlich natürlich eine Bebauung zulässt, das sei überhaupt keine Frage, aber dass man da durchaus ein wenig schaue, dass man dies ein wenig reguliere.

Bgm. Egger merkt an, dass es unseriös sei, wenn man jetzt irgendeine Antwort gebe. Weil deshalb gebe es nun diese Schritte vom Ortsplaner. Das man überhaupt einmal wisse, womit man sich überhaupt auseinandersetze und dann gebe es ganz klar einen Bebauungsplan und dann gebe es auch einen politischen Diskurs dazu.

GR Harald Mayrhofer fügt hinzu, dass das Neuplanungsgebiet nicht nur die Parzelle von der Wildbachverbauung umfasse, sondern das ganze Areal in diesem Bereich, also inkl. der Liegenschaft bei der Ampelkreuzung.
Man müsse das Verfahren abwarten bis die Grundlagen erhoben seien, dann könne man das Neuplanungsgebiet gestalten.

Frau Ulrike Bründl: Wenn nun aber jemand um eine Baubewilligung ansuchen würde, nach welchen Kriterien würde das nun gehen? Nach den neuen schon, die grundsätzlich beschlossen wurden oder?

GR Harald Mayrhofer antwortet, dass dem offiziell eine Bausperre obliegt. Man müsse zuerst die ganzen Daten und die Bauformulierungen erheben.

GR Mayrhofer fragte, ob Frau Bründl meine, wenn er (Anmerkung der neue Eigentümer des Wildbach-Areals) oder irgendjemand in dem Gebiet ein Bauansuchen stelle.
Frau Bründl gab an zu meinen, wenn jemand in diesem Gebiet ein Bauansuchen stelle.

GR Harald Mayrhofer antwortet: Dann müsse man schauen, inwieweit dieses Ansuchen den Vorgaben entspräche.

Frau Bründl versicherte sich, ob sich also doch nach dem gerichtet werde, was neu beschlossen würde.

GR Harald Mayrhofer antwortet daraufhin, dass es beschlossen worden sei, dass ein Neuplanungsgebiet beschlossen werde, das könne man nur nicht von heute auf morgen. Es gebe da auch Fristen. Man müsse jetzt die Grundlagen machen und die Grundvorschläge. Aufgrund der vorliegenden Fakten könne dann das Neuplanungsgebiet beschlossen werden. Da sei dann wirklich Baustopp, bis dies abgeschlossen sei.
Außer es gebe eine Sondergenehmigung, wenn das eingereichte Bauvorhaben nicht im Widerspruch zum Neuplanungsgebiet stehe.

Herr Gernot Blaikner merkt an, dass man ja nicht ausschließen könne, dass der Investor bald einreiche.

GR Harald Mayrhofer widersprach, dass dieser nicht einreichen könne, weil er noch kein Verkehrskonzept habe.

GV Kurt Berger ergänzte, dass es ganz wesentlich sei, dass es ein Verkehrskonzept brauche. Denn ohne Verkehrskonzept könne man nicht beschließen, was auf diesem Areal möglich wäre und was dort sein werde. Man habe deswegen das Gebiet auch erweitert bis zum Aussichtsweg, darüber weil man dort auch dieses Eck, wo früher die Tankstelle gewesen sei, auch einen Vorschlag zusammenbringe. Man habe jetzt ein Jahr Zeit, bis dieses Neuplanungsgebiet dann wirklich beschlossen werde. Das könnte man theoretisch noch um ein Jahr verlängern. Und erst dann, wenn man alle Formalien beieinanderhätte, würde das Ganze wieder im Planungsausschuss entsprechend vordiskutiert werden und dem Gemeinderat zur entsprechenden Beschlussfassung zugeordnet. Wie gesagt, das Wichtigste sei, wieviel Verkehr dort möglich sei und man habe einmal ein paar Parameter mit dem Ortsplaner besprochen, was man auf keinen Fall haben wolle und was man sich unter Umständen vorstellen kann. Das müsse jetzt in einem Konzept zusammengefügt und könne dann weiter diskutiert werden.

GR Markus Muhr ergänzt sodann, dass die Gemeinde, sobald sie ein Neuplanungsgebiet ausgerufen habe, ein Mitspracherecht habe, was dort gebaut werde.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

a) die Sitzung vom ihm einberufen wurde;

b) die Sitzung im Sitzungsplan enthalten ist und die Verständigung hierzu an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich (per **Mail bzw. Post**) am 12.05.2021 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;

c) die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am gleichen Tage öffentlich kundgemacht wurde;

d) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;

e) dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom **17.03.2022** bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegen ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

f) Als Schriftführer für die Sitzung wird der Amtsleiter Christoph Riedler bestimmt.

g) Für die Unterfertigung der letzten Verhandlungsschrift vom 17.03.2022 werden folgende Gemeinderatsmitglieder der Fraktionen bekannt gegeben:

Für die ÖVP-Fraktion:	GV. Markus Kitzberger
Für die SPÖ-Fraktion:	GV. Ing. Kurt Berger
Für die FPÖ-Fraktion:	GV. Karin Hemetsberger
Für die GRÜNE-Fraktion:	GR Dr. Siegfried Gierlinger

BERICHTE

1. **INFORMATIONSBROSCHÜRE |** Seewalchen bekommt eine neue Informationsbroschüre mit Wissenswerten aus dem Ort, von den Vereinen und Einsatzorganisationen. Finanziert wird diese mit Werbeeinschaltungen der Seewalchner Betriebe. Im Spätherbst soll jedem Haushalt ein Exemplar per Post zugestellt werden.

2. **LANDESAUSSTELLUNG – KOMMUNALE – KULTUREXPO |** am 09.05.2022 gab es in Mondsee ein Gespräch mit den drei Standortbürgermeistern und den Verantwortlichen des Landes OÖ. Details zur Kommunalen bzw. Kultur EXPO werden im Herbst/Winter im Zuge einer Kick-off Veranstaltung in Attersee fixiert.

3. **L(i)EBENSWERTES SEEWALCHEN |**Dr. Joachim Weber hat sich bereit erklärt, die Obmannschaft zu übernehmen. In der Vollversammlung ist die Wahl zum Obmann des Vereins noch zu beschließen.

4. **AGENDA 21 |** Für die Ausschreibung der Prozessbegleitung für den Agenda-21-Prozess findet am 7.6. um 18 Uhr ein Hearing im Gemeindeamt statt.

5. **ASFINAG |** In einem Gespräch mit den Ausschuss Obleuten GV Berger und GR Mayrhofer wurden mit der ASFINAG verschiedene Varianten der Erschließung und Neugestaltung der Abfahrt Seewalchen besprochen.

6. **GEFAHRENZONENPLAN |**Durch die Wildbach- und Lawinenverbauung wurde ein Gefahrenzonenplan für den Bereich Buchberg und Neissingerbach erstellt und entsprechend kundgemacht.

7. **ASZ |** Trotz der massiven Baupreissteigerungen wurde mit dem Bau des ASZ durch den BAV begonnen.

8. **KATASTROPHENSCHUTZ |** In der am 5.7. stattfindenden Sitzung, zu der auch die Einsatzkräfte und der GV eingeladen sind, werden die nächsten Arbeitsschritte präsentiert.

9. **LINKSABBIEGER in die HAIDACHERSTRAßE |** Die Bauarbeiten liegen im Zeitplan und gehen bereits in die finale Phase. Auch die Verlängerung des Radwegs bis hin zum Langauweg konnte umgesetzt werden. Danke für die gute Zusammenarbeit im Gemeindevorstand und mit der Straßenmeisterei Seewalchen.

10. **FLORIANIFEIER |** Diese konnte nach zwei Jahren Pandemie wieder traditionell abgehalten werden. Im Anschluss gab es Gulasch und Getränke im Kultursaal.

Dringlichkeitsantrag Nr. 1

Der Vorsitzende stellt gemäß § 46 Abs. 3 der O.ö. Gemeindeordnung 1990 den Dringlichkeitsantrag, folgenden Punkt auf die Tagesordnung vor Allfälliges der heute stattfindenden Gemeinderatssitzung zu nehmen.

Nachwahlen Umwelt- und Klimaausschuss
Nachwahl Obmann und Ersatzmitglied

Der Bürgermeister lässt über seinen gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine ***einstimmige*** Annahme fest.

TAGESORDNUNG

1. BUDGET
- 1.1. Finanzierungsplan KLF-L für die FF. Steindorf
- 1.2. Genehmigung Finanzierungsplan Feuerwehrzeugstätte FF. Seewalchen Neubau
- 1.3. Prüfbericht Voranschlag 2022 Kenntnisnahme

2. PROJEKTE
- 2.1. Feuerwehrhaus Seewalchen - Auftragsvergabe von Gewerken

3. FÖRDERWESEN
- 3.1. Förderung - E-Lastenfahrrad / Lastenfahrrad / Fahrradanhänger
- 3.2. Förderung Beachvolleyball – Litzlberg

4. RAUMORDNUNG
- 4.1. Flächenwidmungsplan Nr. 5/2020, Änderung Nr. 10, sowie örtliches Entwicklungskonzept Nr. 2 Änderung Nr. 5 - Antrag auf Umwidmung einer Teilfläche der Parzelle 1108/2 KG Litzlberg von Grünland auf Wohngebiet
- 4.2. Bebauungsplan Nr. 2 "Seewalchen-Südost" Änderung Nr. 12 - Grundstücke 2295/1 und 2295/3 KG Seeewalchen
- 4.3. Aufsichtsbeschwerde Dr. Blum

5. INFRASTRUKTUR & VERKEHRSANGELEGENHEITEN
- 5.1. Sirenenanlage - Abschließen eines Übereinkommens mit dem BAV Vöcklabruck
- 5.2. Katasterschlussvermessung Schutzweg Steindorf - Ab- und Zuschreibung
- 5.3. Aichergut Seewalchen – nächtliche Ruhestörung im Wohngebiet

6. KULTUR-, SOZIAL-UND UMWELT
- 6.1. Ehrungen für Sommerfest

7. PRÜFBERICHT
- 7.1. Kenntnisname des Prüfberichtes der Prüfungsausschusssitzung vom 16.03.2022

8. DA1 - Nachwahlen Umwelt- und Klimaausschuss

9. ALLFÄLLIGES

VERHANDLUNGSSCHRIFT

1. BUDGET

1.1. Finanzierungsplan KLF-L für die FF. Steindorf

Berichterstatter: Bgm. Egger Gerald

Sachverhalt:
Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 27.05.2021 die Ersatzbeschaffung des KLF der FF. Steindorf beschlossen. Der Kostenrahmen betrug inkl der neuen Tragkraftspritze Euro 178.100,00. Durch Kostenoptimierungen durch die FF. Steindorf konnte das Fahrzeug auf Euro 141.961,00 plus Euro 14.304,-- für die Tragkraftspritze also insgesamt Euro 156.265,-- reduziert werden. Der Selbstbehalt für die FF. Steindorf beträgt 10 % des Fahrzeuges.
Der Eigenmittelanteil für die Marktgemeinde Seewalchen beträgt Euro 55.721,-- zuzüglich Euro 14.304,-- für die Tragkraftspritze, ist im MEFP dargestellt und wird aus Rücklagen finanziert.

Bezeichnung der Finanzierungsmittel	2023	2024	2025	2026	Gesamt in Euro
Haushaltsrücklagen	55.721				**55.721**
FF-Barleistung – FF Steindorf	14.196				**14.196**
LFK-Zuschuss – LFK-Normfahrzeug	39.508				**39.508**
BZ - Projektfonds – LFK-Normfahrzeug				32.536	**32.536**
Summe in Euro	**109.425**	**0**	**0**	**32.536**	**141.961**

Antrag:
Der Bürgermeister stellt den Antrag, den Finanzierungsplan mit der GZ: IKD-2022-280054/4-Wob vom 16.05.2022 für das KLF-L der FF. Steindorf zu beschließen und das Vorhaben in der Prioritätenreihung an die erste Stelle vorzureihen.

Beschluss: einstimmige Annahme

Anlagen:
Finanzierungsplan

1.2. Genehmigung Finanzierungsplan Feuerwehrzeugstätte FF. Seewalchen Neubau

Berichterstatter: Bgm. Egger Gerald

Sachverhalt:
Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 9.12.2021 den Finanzierungsplan des Landes OÖ. (GZ: IKD-2017-393772/31-Wob) für das Projekt „Feuerwehrzeugstätte FF. Seewalchen - Neubau" mit einer Auftragssumme von € 2.615.000,00 incl. MwSt. beschlossen. Durch die Ausschreibung der einzelnen Gewerke hat sich eine wesentliche Kostenerhöhung ergeben, weshalb beim Land OÖ um Genehmigung dieser Kostenerhöhung angesucht wurde. Aus diesem Grund wurde mit Datum vom 26.04.2022 ein neuer Finanzierungsplan (IKD-2017-393772/44-Wob) erstellt, welcher nun wieder vom Gemeinderat beschlossen werden muss. Dieser Finanzierungsplan sieht folgende Finanzierungsmittel vor:

Bezeichnung der Finanzierungsmittel	2021	2022	2023	2024	2025	Gesamt
FF – Barleistung			135.050	135.050		270.100
FF – Robotleistung		42.100				42.100
Haushaltsrücklagen	60.000	260.980	260.980	260.980		842.940
BZ-Projektfonds		411.900	411.900	411.900	411.750	1.647.450
BZ-Projektfonds Mehrkosten		79.800	79.800	79.800	80.010	319.410
Summe in Euro	**60.000**	**794.780**	**887.730**	**887.730**	**491.760**	**3.122.000**

Antrag:
Der Bürgermeister stellt den Antrag, dem Gemeinderat die Empfehlung auszusprechen den vorliegenden Finanzierungsplan (IKD-2017-393772/44-Wob) des Landes vom 26.04.2022 zu beschließen.

Beschluss: einstimmige Annahme

Anlagen:
Finanzierungsplan vom 26.04.2022

1.3. Prüfbericht Voranschlag 2022 Kenntnisnahme

Berichterstatter: Bgm. Egger Gerald

Sachverhalt:
Kenntnisnahme des Prüfberichts der Bezirkshauptmannschaft Vöcklabruck vom 24.03.2022 über den Voranschlag 2022 (BHVBGem-2021-472789/217-HEI). Mit Schreiben vom 24.03.2022 wurde der dem Akt angeschlossene Prüfbericht über den am 09.12.2021 vom Gemeinderat beschlossenen Voranschlag 2022 übermittelt. Das Ergebnis der Überprüfung ist dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen.

Antrag:
Der Bürgermeister stellt den Antrag, den Prüfbericht der BH. Vöcklabruck vom 24.03.2022 über den Voranschlag 2022 der Marktgemeinde Seewalchen zur Kenntnis zu nehmen.

Beschluss: einstimmige Annahme

Anlagen:
Prüfbericht vom 24.03.2022

2. PROJEKTE

2.1. Feuerwehrhaus Seewalchen - Auftragsvergabe von Gewerken

Berichterstatter: Bgm. Egger Gerald

Sachverhalt:
Die Prüfung der Gewerke erfolgte durch den TÜ – EWW in Wels. Nachlässe, soweit angeboten, wurden in den Angebotssummen berücksichtigt.

Prüfungsergebnisse der Ausschreibung:

Baumeisterarbeiten ohne Fassade	Firma	Angebotssumme netto lt. Preisspiegel nach Verhandlung	Kosten nach Vergabe	Vergabesumme netto mit Skonto
Bestbieter	Kieninger	€ 1.137.084,55	€ 1.017.397,44	€ 986.875,52
2. Bieter	Eiblmayr Wolfsegger	€ 1.185.442,89		
3. Bieter	Plonerbau	€ 1.196.522,68		
4. Bieter	Swietelsky	€ 1.230.614,86		
5. Bieter	Leyrer & Graf	€ 1.279.954,15		
6. Bieter	Felbermayr	€ 1.362.830,32		
7. Bieter	Stern & Hafferl	€ 1.439.395,76		

Dach	Firma	Angebotssumme netto lt. Preisspiegel nach Verhandlung	Kosten nach Vergabe	Vergabesumme netto mit Skonto
Bestbieter	Schmid Dachbau	€ 420.420,45	Firma OFFEN	
2. Bieter	Schmidhofer	€ 486.220,20		
3. Bieter	Hummel	Angebot folgt		
Wird bis zur Sitzung nachgereicht - Firma Schmid hat die bestehenden Einheitspreise abgeändert - neue				

Angebote werden gerade eingeholt

HKLS	Firma	Angebotssumme netto lt. Preisspiegel nach Verhandlung	Kosten nach Vergabe	Vergabesumme netto mit Skonto
Bestbieter	H3 Installationen	€ 175.919,45	€ 165.371,95	€ 160.410,79
2. Bieter	Heissl	€ 177.647,74		
3. Bieter	Förstl	€ 183.157,39		
4. Bieter	Saniton	€ 201.832,20		
5. Bieter	GEG	€ 202.221,83		
6. Bieter	Franz Leitner	€ 219.453,76		

Elektroarbeiten inkl. NEA	Firma	Angebotssumme netto lt. Preisspiegel nach Verhandlung	Kosten nach Vergabe	Vergabesumme netto mit Skonto
Bestbieter	Schneeberger	€ 317.278,26	€ 283.785,36	€ 275.271,80
2. Bieter	GEG	€ 317.744,11		
3. Bieter	Heissl	€ 324.548,96		
4. Bieter	Elektro Leitner	€ 404.147,06		
5. Bieter	Ploier & Hörmann	€ 406.224,20		
6. Bieter	Expert Nöhmer	€ 421.595,00		

Fenster / Portale	Firma	Angebotssumme netto lt. Preisspiegel nach Verhandlung	Kosten nach Vergabe	Vergabesumme netto mit Skonto
Bestbieter	Felina (Portale) wurde geteilt	€ 33.939,90	€ 32.454,90	€ 31.481,25
Bestbieter	Konmet (Kunststoff - Alu)	€ 83.732,05	€ 30.098,85	€ 29.195,88
2. Bieter	Metallbau Oyrer	€ 88.475,00		
3. Bieter	Leibetseder	€ 93.319,00		
4. Bieter	Karo Metall	€ 105.741,00		

Schlosserarbeiten	Firma	Angebotssumme netto lt. Preisspiegel nach Verhandlung	Kosten nach Vergabe	Vergabesumme netto mit Skonto
Bestbieter	Kreativmetall Jansch	€ 43.863,24	€ 40.036,36	€ 38.835,27
2. Bieter	Perchtold Schlosserei	€ 90.142,82		

Toreanlage	Firma	Angebotssumme netto lt. Preisspiegel nach Verhandlung	Kosten nach Vergabe	Vergabesumme netto mit Skonto
Bestbieter	Schneider Tore	€ 76.959,36	€ 74.800,00	€ 74.650,58

2. Bieter	Torsupport	€ 79.899,15		

Toranlage – Schlauchturm	Firma	Angebotssumme netto lt. Preisspiegel nach Verhandlung	Kosten nach Vergabe	Vergabesumme netto mit Skonto
Bestbieter	Schneider Tore		€ 2.986,24	€ 2.896,65

Bautischler + Trennwand	Firma	Angebotssumme netto lt. Preisspiegel nach Verhandlung	Kosten nach Vergabe	Vergabesumme netto mit Skonto
Bestbieter	K4	€ 53.726,94	€ 30.288,60	€ 29.379,94
2. Bieter	Füreder	€ 55.361,97		
3. Bieter	Tischlerei Buchegger	€ 67.459,90		
Bestbieter	Dorma Hüppe mechanisch	€ 15.661,25	€ 15.661,25	€ 15.191,41
2. Bieter	Dorma Hüppe	€ 17.438,40		
3. Bieter	Sanbox	€ 18.065,00		

Trockenbau	Firma	Angebotssumme netto lt. Preisspiegel nach Verhandlung	Kosten nach Vergabe	Vergabesumme netto mit Skonto
Bestbieter	Perchtold Trockenbau	€ 31.389,67	€ 27.716,28	26.884,79 €
2. Bieter	Sperer	€ 32.000,33		
3. Bieter	Phon Akustikbau	€ 39.508,81		

Maler	Firma	Angebotssumme netto lt. Preisspiegel nach Verhandlung	Kosten nach Vergabe	Vergabesumme netto mit Skonto
Bestbieter	Höhnel	€ 25.574,40	€ 19.327,20	€ 18.747,38
2. Bieter	Rammerstorfer CR	€ 26.600,16		
3. Bieter	Wandl	€ 32.153,56		
4. Bieter	Urmann	€ 33.170,00		
5. Bieter	Hirsch	€ 33.197,00		
6. Bieter	Höfurthner	€ 34.060,00		

Bodenbeschichtung	Firma	Angebotssumme netto lt. Preisspiegel nach Verhandlung	Kosten nach Vergabe	Vergabesumme netto mit Skonto
Bestbieter	Wandl	€ 9.466,72	€ 7.828,39	€ 7.593,54
2. Bieter	Bodenprofi	€ 10.700,43		
3. Bieter	Urmann	€ 13.730,90		
4. Bieter	Höhnel	€ 15.807,36		
5. Bieter	Rammerstorfer CR	€ 20.034,61		

6. Bieter	Hirsch	€ 20.426,00		
7. Bieter	Höfurthner	€ 26.818,82		
Bodenleger	Firma	Angebotssumme netto lt. Preisspiegel nach Verhandlung	Kosten nach Vergabe	Vergabesumme netto mit Skonto
Bestbieter	Wiesinger	€ 7.475,69	€ 6.909,21	€ 6.701,93
2. Bieter	Kraus	€ 8.113,00		
Fliesenleger	Firma	Angebotssumme netto lt. Preisspiegel nach Verhandlung	Kosten nach Vergabe	Vergabesumme netto mit Skonto
Bestbieter	Kappler	€ 24.869,87	€ 23.682,37	€ 22.971,90
2. Bieter	Fliesen Spitzbart	€ 29.481,83		
3. Bieter	Hirtl & Bauernfeind	€ 31.220,50		
4. Bieter	Martetschläger	€ 35.463,50		
5. Bieter	PH Fliesen	€ 36.308,00		
PV-Anlage	Firma	Angebotssumme netto lt. Preisspiegel nach Verhandlung	Kosten nach Vergabe	Vergabesumme netto mit Skonto
Bestbieter	Schneeberger	€ 108.000,00	€ 108.000,00	€ 104.760,00
2. Bieter	Elektro Leitner	€ 122.070,88		
3. Bieter	Expert Nöhmer	€ 128.209,73		
4. Bieter	GEG	€ 131.503,35		

Die Gewerke Wärmedämmung und Feuerwehrtechnik sind noch nicht ausverhandelt. Diese werden in der nächsten Sitzung nachträglich beschlossen.

Antrag:
Der Bürgermeister stellt den Antrag, folgenden Auftragsvergaben zu beschließen:

1. Baumeisterarbeiten: Firma Kieninger	von € 986.875,52
2. HKLS: Firma H3 Installationen	von € 160.410,79
3. Elektroarbeiten inkl. NEA: Firma Schneeberger	von € 275.271,80
4. Fenster & Portale: Firma Felina	von € 31.481,25
5. Fenster & Portale: Firma Konmet	von € € 29.195,88
6. Schlosserarbeiten: Firma Kreativmetall Jansch	von € 38.835,27
7. Toranlage: Firma Schneider Tore	von € 74.650,58
8. Toranlage - Schlauchturm: Firma Schneider Tore	von € 2.896,658.
9.Bautischler: K4 Tore zum Angebotspreis	von € 29.379,94
10.Trennwand: Firma Dorma Hüppe	von € 15.191,41
11.Trockenbau: Firma Perchtold Trockenbau)	von €26.884,79
12.Maler: Firma Höhnel	von € 18.747,38
13.Bodenbeschichtung: Firma Wandl	von € 7.593,54
14.Bodenleger: Firma Wiesinger	von € 6.701,93
15.Fliesenlegerr: Firma Kappler	von € 22.971,90
16.PV - Anlage: Firma Schneeberger	von € 104.760,00

Beschluss: einstimmige Annahme

3. FÖRDERWESEN

3.1. Förderung - E-Lastenfahrrad / Lastenfahrrad / Fahrradanhänger

Berichterstatter: Bgm. Egger Gerald

Sachverhalt:
Möglichkeiten zur Beförderung von Lasten mit dem Fahrrad wie:

- Lastenfahrrad mit Elektromotor,
- Lastenfahrrad ohne Elektromotor oder
- Lastenanhänger fürs Fahrrad

Beispielsweise könnte man Anhänger mit 50 € fördern und E-Lastenfahrräder/Lastenfahrräder mit 150 bis 200 € fördern. Gefördert werden sollten nur neu angekaufte Produkte mit erbrachtem Nachweis. Gerade auch mit dem stetigen Ausbau der Radinfrastruktur in Seewalchen und auch der angedachten Strecke zum neuen ASZ ist eine Förderung sinnvoll.

Wortwechsel:
GR Erich Kaniak fragt, ob man sich Gedanken gemacht habe, wie groß der Personenkreis sei, der hier betroffen sei und zu welchem wirtschaftlichen Vorteil für die Gemeinde Seewalchen dies führe. Denn diese Förderung sei ja eine Gemeindeförderung.

Bgm Gerald Egger antwortet, dass dies auch schon im Gemeindevorstand diskutiert worden sei. Man habe da auch schon einige Zahlen gehabt, dank der perfekten Vorbereitung durch GR Martin Günther.

GR Martin Günther gibt an, dass dies eine Gemeindeförderung sei, die zusätzlich zur Bundesförderung komme. Die gebe es in Österreich schon länger, in Seewalchen noch nicht. In Oberösterreich sei man die zweite kleine Gemeinde, die so etwas einführe. Er glaube, dies sei eine richtungsweisende Förderung, die ganz klar die Strategie in Seewalchen der folgenden Jahre unterstreiche. Und zwar, dass man schaue, dass man die Leute auf die Räder bekomme, dass man die Leute im Leben fördere, dass man Bewusstsein dafür entwickle. Man habe die Radwege mittlerweile gut ausgebaut, das ASZ werde gerade neu positioniert. In der letzten Gemeinderatssitzung sei seines Wissens beschlossen worden, dass eine Prüfung für den Radweg durchgehend auch am ASZ zum Land gehe. Das heißt, es seien auch alle Grundstücke dafür gesetzt, dass Leute, die mit dem Lastenfahrrad zum ASZ nützen oder zum Einkaufen nützen, dass diese dann auch die Infrastruktur hätten. Man könne natürlich nicht mit Gemeindeförderungen aus Städten mithalten. Denn die Gemeindeförderung aus Städten, also aus dem städtischen Bereich, seien bewusst so gelegt, wie die Bundesförderungen. Das heiße, die lägen in der Nähe von Salzburg oder in Linz vor allen Dingen bei fast 1.000 Euro. Da können natürlich eine Gemeinde wie Seewalchen nicht mitgehen. Es gebe andere Startvolumen, es gebe andere Staffelungen, Beträge, aber in Seewalchen würde man erfahrungsgemäß nicht mit einem großen Andrang an Lastenrädern oder an Radanhängern finden.

Bgm. Gerald Egger ergänzt, dass dies nicht als Wirtschaftsförderung gedacht sei, sondern als Förderung für Menschen, die überlegen und sich dies vielleicht noch nicht leisten könnten und für die dies jetzt der Schub sei.

GR Erich Kaniak bedankte sich für die Aufklärung, auch von der Grünen Fraktion, die ihn auch schon jahrelang aufkläre. Es gehe hier nicht um die Wirtschaftsförderung, sondern um ein Privileg für eine bestimmte Gruppe im Ort. Die Subvention sei eine Gemeindesubvention, wo es bundesstaatliche bzw. landesstaatliche Subventionen mehrheitlich schon gebe. Seewalchen sei flächenmäßig eine sehr große Gemeinde.

Dass man von einem Platz der Gemeinde zum Ende der Gemeinde komme, er rechne nicht mit Gegenwind oder schlechtem Wetter, schon fast eine dreiviertel Stunde brauche, hier würden natürlich alle Personengruppen ausgeschlossen, die nicht
Radfahren würden oder in der Lage seien, so lange Strecken zu fahren. Er sehe keinen Sinn in der Sache, es sei denn es sei ein Symbol. Symbolisch lasse er sich das einreden. Aber faktisch... Wie viele Personen da überhaupt in Frage kommen würden? Das würde ihn interessieren. Er (Anmerkung GR Martin Günther) habe das nicht beantwortet. Man müsse schon wissen, für wen die Subvention sei.

GR Martin Günther antwortet, dass diese für Menschen sei, die sich das leisten wollen würden, bzw. vorhätten, ein Lastenfahrrad zu kaufen. Das sei natürlich eine symbolische Wirkung. 150 Euro Förderung, wenn man ein Lastenfahrrad um 3.000 Euro kaufe, könne es nur eine symbolische Kraft haben. Es werde sicher nicht ausschlaggebend dafür sein, dass die Person sich dafür entscheide, ein Lastenfahrrad zu kaufen, weil sie diese Förderung bekomme. Aber es sei mit Sicherheit ein Statement von Seewalchen, was nachhaltig sei. Das Jugendtaxi sei für die Jugend, das Senioren-Taxi für die Pensionisten und dazwischen habe es auch nichts gegeben.

GR Kurt Berger gibt an, dass jede Förderung eigentlich für eine bestimmte Personengruppe sei und nicht für alle, außer die 150 Euro, die der Bund jetzt ausschütte. Diese seien für viele eine Pflanzerei und auch manche würden sie nicht bekommen, weil sie gottseidank eh so viel verdienen würden. Er glaube, es sei einfach die Symbolwirkung. Man wolle in Seewalchen Wesentliches tun für die Fahrradkultur. Man wolle eine Luxuskultur schaffen zu dieser Infrastruktur. Da gehöre es seiner Meinung nach auch dazu, dass man eine symbolische Förderung mache. Das sei für das Gesamtkonzept in Seewalchen schlüssig. Er glaube, dass dies relativ wenig in Anspruch genommen werden würde, dies sei seine persönliche Meinung, aber er glaube, man solle das beschließen, weil es als Gesamtkonzept, wie man die Mobilität in Zukunft in Seewalchen innerhalb des Ortes streuen möchte, vernünftig und gescheit sei. Deswegen hoffe, er dass man hier halbwegs geschlossen dabei sei.

GR Sigi Gierlinger meint, dass er gar nichts davon halte, Förderungen untereinander, gegeneinander auszuspielen und zu sagen, dies sei ja nur für eine Gruppe. Dies würde immer nur eine Gruppe erfüllen. Die Frage sei, was wolle man als Gemeinde signalisieren. Man signalisiere, das Radfahren sei, er würde sich freuen, wenn möglichst viele, je mehr desto besser, zeigen, dass man in Seewalchen den richtigen Weg gehe, in dem man a) nicht nur Förderungen schaffe, sondern in dem man auch bewusstseinschaffende Förderungen mache, wo die Radgruppe ganz vorne mit dabei sei. Dass man Infrastrukturmaßnahmen schaffe, wo von allen möglichen Seiten akkordiert werde. Er finde, dies sei ein kleines Zuckerl, aber ein symbolisches Zuckerl und für jene Leute, die dies in Anspruch nehmen würden, für die sei das sehr wohl eine Wertschätzung. Und es gebe auch genug Förderungen, die vielleicht in eine andere Richtung gehen würden.

GR M.-T. Dachs gibt an, dies nicht nur als eine Förderung für Menschen zu sehen, die sich dafür entscheiden würden, sondern auch als eine Investition für die Natur, für die Zukunft, für das Klima. Diese seien da dabei und sie denke, Lastenfahrräder, Anhänger – mit und ohne Elektromotor – würden aufzeigen, welche Möglichkeiten es für die Zukunft gebe und sie glaube, man brauche einfach die ersten Schritte. Und wenn solche Lastenfahrräder durch Seewalchen fahren würden, würden sich vielleicht andere denken, dass man das auch ausprobieren wolle. Sie stimme GR Martin Günther zu, es gebe immer für Zielgruppen Unterstützungen und sie fände es gut, wenn man dies mache. Für sie sei es eigentlich das Wichtigste, das man hier symbolisch etwas tue für die Zukunft, dass bestimmte Dinge vielleicht doch später einträten. Das sei eben Individualverkehr. Da gehe es darum, dass man die ersten fünf, zehn Kilometer schaue, wie könne man diese zu Fuß ohne irgendeinen CO2-Ausstoss hinbekommen. Dies sei ein erster Schritt. Sie sei fast mit dabei. Viele Lastenfahrräder in Seewalchen würden ihr gefallen.

Vizebgm. Jürgen Kirchberger sagt, dass er befürchte, dass die Kosten überschaubar sein werden, er hoffe, dass diese nicht ganz so überschaubar werden würden.

Man müsse Anreize schaffen, Menschen zumindest dazu zu bewegen, über ein Lastenfahrrad nachzudenken. Sie seien schon der Meinung, dass jeder Bürger, der sich mit dem Rad durch Seewalchen bewegt, ein Gewinn für die Umwelt und auch ein Gewinn für die Gesundheit eines jeden Einzelnen sei. Er ersuche daher um Zustimmung.

GR Eitzinger-Lange ergänzt, weil die Frage nach dem Mehrwert gekommen sei, dass jede Familie, die auf Sprit oder auf Treibhaus verzichten könne, weil sie ein Lastenfahrrad daheim habe, auch wenn die Förderung nur symbolische Wirkung habe, haben den Effekt der Entlastung

Antrag:
Der Bürgermeister stellt den Antrag, folgende Förderung für Bürgerinnen und Bürger der Marktgemeinde Seewalchen:

- Fahrradanhänger mit 50 €
- E-Lastenfahrräder mit 200 €
- Lastenfahrräder mit 150 € zu beschließen

Beschluss: mehrheitlich Annahme
Stimmenthaltung: FPÖ Mag. Erich Kaniak

3.2. Förderung Beachvolleyball - Litzlberg

Berichterstatter: Bgm. Egger Gerald

Sachverhalt:
Mit dem Ansuchen vom 24.04.2022 wird um eine Sportförderung für das Beachvolleyball - Tunier angesucht.

Antrag:
Der Bürgermeister stellt den Antrag, die Sportförderung in der Höhe von 4.000,00 € zu beschließen.

Beschluss: einstimmige Annahme

Anlagen:
Ansuchen

4. RAUMORDNUNG

4.1. Flächenwidmungsplan Nr. 5/2020, Änderung Nr. 10, sowie örtliches Entwicklungskonzept Nr. 2 Änderung Nr. 5 - Antrag auf Umwidmung einer Teilfläche der Parzelle 1108/2 KG Litzlberg von Grünland auf Wohngebiet

Berichterstatter: Planungsausschussobmann Ing. Mayrhofer Harald

Sachverhalt:
Die Marktgemeinde Seewalchen benötigt für die Errichtung einer möglichen Ausweiche Richtung Haininger Bach Grund von den Antragstellern. Zusätzlich würde für die Erweiterung des Radweges entlang der Attersee Bundesstraße von den Antragstellern auch einige Quadratmeter benötigt. Die Infrastruktur beim geplanten Umwidmungsgrundstück ist vorhanden. Der Ortsplaner würde die geplante Umwidmung positiv beurteilen. In der Planungsausschusssitzung vom 5.5.2022 gab es die mehrheitliche Empfehlung an den Gemeinderat, der geplanten Umwidmung zuzustimmen, wenn die mögliche Bebauung mit einer Einschränkung zur Anzahl der Wohneinheiten reglementierten wird und die zukünftige Straßenführung geändert wird.
Die Wohneinheitenbeschränkung wurde vom Ortsplaner nach Absprache mit der Abteilung Raumordnung Land OÖ eingefügt und die Straßenführung angepasst. Daher sollte nun den Grundsatzbeschluss für die Einleitung des Verfahrens gefasst werden.

Anlagen:
Stellungnahme Ortsplaner, Plan, ÖEK Änderung

Wortprotokoll:
GR Sigi Gierlinger meldet sich und gibt an, zu TOP 4.1. einen Zusatzantrag stellen zu wollen. Dieser solle lauten „Absetzung des Tagesordnungspunktes 4.1. und die Rücküberweisung an den zuständigen Ausschuss zu einer weiteren Beratung. Die Grünen würden die Absetzung deswegen empfehlen, um den Widmungswerber auch detailliertere Informationen im öffentlichen Interesse zu geben und auch die Rahmenbedingungen detaillierter zu vereinbaren. GR Gierlinger merkt weiter an, dass auch der tatsächliche Baulandbedarf abgestimmt werden solle. Von der Kenntnisnahme der Rückwidmung höre er jetzt zum ersten Mal, obwohl er schon in vorherigen Funktionen Gespräche geführt habe. Für ihn sei das jetzt ganz neu und überrasche ihn auch ein bisschen. Es solle auch über die durch die Widmung notwendig werdenden Baulandsicherungsverträge abgestimmt werden. Er merkt weiter an, dass vor allem der Widmungswerber im persönlichen Gespräch ein Entgegenkommen und auch fehlende Information seitens der Gemeinde signalisiert habe, auch glaube er, es sei gut, diesen neu ins Gespräch und in eine umfassende Beschlussfassung zu bringen. Ebenso fügt er hinzu, dass gegen vorliegenden Antrag fachliche Gründe sprechen.
Zweitens sei bei der Erstellung des Flächenwidmungsplans 2017-2019 eine ähnlich gelagerte Größenordnung bereits von allen Fraktionen abgelehnt. Der Widmungswerber habe allerdings nur Bedarf an einer Bauparzelle für seine Tochter bekundet und wäre auch mit einer weniger großen Bauplatzfläche durchaus zufrieden. Drittens, ein Punkt der auch dagegenspräche, das öffentliche Interesse, das vom Ortsplaner mit einem Vorhandensein der Infrastruktur bewertet wird - Kanal und Zufahrt. Das sei aus der Sicht der Grünen kein ausreichend erfülltes öffentliches Interesse. Da würde es viele Grundstücke geben, die umzuwidmen wären. Aus ihrer Sicht gelte das öffentliche Interesse nur, wenn auch der Bevölkerung Interesse oder Nutzung zukommen würde. Und da gehe es um Themen wie – wie im Antrag auch formuliert – um Entlastung, Grundstücksabtretungen für Radwege udgl. Das wurde alles nicht im Antrag detailgetreu definiert und es wurden auch keine rechtlichen und verbindlichen Ansagen. Es gebe auch keine Baulandsicherungsverträge, die zurzeit vorliegen würden. Ihrer Meinung nach, sei das alles ein bisschen zu schnell, um umgewidmet zu werden. Man habe auch im Planungsausschuss dagegen gestimmt und ersuche, den Tagesordnungspunkt abzusetzen, damit man nochmals beraten könne.

Bgm. Egger widerspricht und gibt an, dass es sich um eine Grundsatzbeschlussfassung handle. Alles, was zu Baulandsicherungsverträge passiere, werde, wie auch in den letzten Fällen danach, habe man auch in der Sitzung eingehend besprochen. Zu sagen, das gehe jetzt schnell, sei nicht ganz fair. Man spreche bzw. verhandle jetzt schon seit 2,5 Jahren mit dem Widmungswerber. Wenn man dies jetzt nicht mache, laufe man Gefahr, dass man den Radweg rund um den See nicht weiter fortsetzen könne und dass man keine Lösung für den Hainingerbach habe. Der Bürgermeister habe, bevor Sigi Gierlinger am Radtag mit dem Widmungswerber gesprochen habe und auch danach mit diesem gesprochen. Dieser war sehr sehr verwirrt. Das sei schlicht und einfach der Grund. Er gebe GR Gierlinger in einem Punkt recht, weil dies auch nicht in den Unterlagen drinnen stand, das möchte er ergänzen., das habe man aber auch besprochen in der Ausschuss-Sitzung, ja es sei richtig, dieser wolle nur eine Parzelle. Das stimme. Fakt sei aber, eine bekomme man nicht und dann bekomme er genau diese Umwidmung nicht zusammen.

GR Harald Mayrhofer stellt mit Verwunderung fest, dass dies im Planungsausschuss ausführlich diskutiert wurde, diese Punkte habe der Bürgermeister schon gesagt, aber dass GR Gierlinger nach der Planungsausschuss-Sitzung mit dem Widmungswerber Verhandlungen führe, da wäre er ein wenig vorsichtig. Ausschuss-Sitzungen seien nicht öffentlich und er würde ihm zu mehr Vorsicht raten.

GR Sigi Gierlinger antwortet daraufhin, überhaupt keine Details oder Inhalte zur Planungsausschuss-Sitzung Preis gegeben zu haben.

Er habe mit dem Widmungswerber über dessen Absichten gesprochen. Er habe weder ein Abstimmungsergebnis noch eine Detailberatung, sondern die grüne Position mit diesem besprochen und er glaube, das sei überhaupt kein Thema.
Das sei im Prinzip alles gewesen, das GR Gierlinger mit dem Widmungswerber besprochen habe. Er wollte dessen Einstellung. Und habe auch das Thema Radwege mit ihm besprochen als Radbeauftragter. Weil es einige Fälle gebe, die ihm am Herzen lägen. Das sei das einzige Gespräch gewesen und sei überhaupt sonst nichts gewesen. Ihm hier etwas zu unterstellen, weise er auf das Schärfste zurück. Er wisse genau, dass solche Themen und GR Gierlinger habe sich extra bemüht, nicht irgendwelche Details zu besprechen und das dürfte er dann auch nicht mit dem Bürgermeister besprochen haben, das habe er ihm gesagt.

GR Harald Mayrhofer meint daraufhin, dass nichtsdestotrotz sei dies erst nach der Abstimmung im Gemeinderat öffentlich und nicht vorher.
GR Sigi Gierlinger entgegnet, dass dies kein Gesprächsthema gewesen sei, absolut nicht.

GV Markus Kitzberger, der Hauptkritikpunkt sei die Quadratmeteranzahl der bebauten Fläche gewesen. Die sei jetzt auch eingeschränkt worden, weil Angst dagewesen sei, dass der Widmungswerber dies doch nicht nur für seine Kinder hernehmen würde, sondern dies an einen Bauträger verkaufe und dann ein größeres Objekt hinkomme. Dies sei jetzt mit dem Zusatzantrag auch ausgeschlossen. Er wundere sich, dass die Grüne Fraktion hier ihre Position nicht umdenke.
GV Kurt Berger ergänzt, er glaube, es müsse möglich sein, dass jeder Gemeinderat über gewisse Dinge, die dieser zu befinden habe, auch mit dem Werber sprechen könne, wie dies von dessen Seite aussehe. Die Vertraulichkeit einer Ausschuss-Sitzung sei natürlich bei allen gegeben und dass man keinerlei Informationen weitergeben dürfe wie jemand zu irgendetwas stehe. Das wäre genau der Vertrauensbruch, den man nicht machen dürfe. Aber dass man sich über einen Punkt einer Ausschuss-Sitzung kund mache und sich nachher noch bei einem Werber erkundige, das müsse immer in Ordnung sein und immer legitim sein.Er habe sich im Planungsausschuss dafür ausgesprochen, dass man diese zwei Parzellen machen könne. Er habe auch kein Problem gehabt mit den 900 Quadratmetern, die zwar Ergänzungen mit dem Umkehrhammer, die er vorgeschlagen habe und auch mit der Beschränkung der Bauplätze und so weiter. Die sei für ihn gegeben gewesen und sei für ihn auch heute gegeben. Was ihn schon irritiere, dass auf einmal Dinge auf den Tisch kämen, und da hätte er wirklich gerne Aufklärung. Der eine erzähle, dass der Werber offensichtlich gar nicht gewusst habe, er wolle nur eine Parzelle und jetzt seien es zwei und er habe über diese Informationen nicht den Stand gehabt, das erzähle ihnen der Herr Gierlinger. Er (Anmerkung: der Bürgermeister) erzähle ihnen, dass dieser sehr wohl in Kenntnis war. Da hätte er jetzt wirklich gerne gewusst, was wirklich Sache sei ohne irgendetwas zuzuordnen. Dann sei da noch ein zweiter Punkt, was ihn auch irritiere. Er habe als Fraktionsführer ein email bekommen, das eh auch an alle Fraktionsführer gegangen sei und auch an den Bürgermeister, wo – so glaube er – die Idee mit der Beschränkung auf 600m² drinnen gewesen sei. Wenn GV Berger richtig informiert sei, oder besser die Frage an den Herrn Gierlinger, wie sehr er über den Zusatzantrag von diesem Tag informiert gewesen sei. Er sei nicht informiert worden, dass es diesen Zusatzantrag gebe. Er glaube, es sei auch ganz vernünftig und gescheit, wenn die Gemeinderäte – genauso wie man über Dringlichkeitsanträge informiert werden würde – auch über einen Zusatzantrag, der dann auch einer im Gemeinderat vertretenen Partei entgegenkomme – Informationen bekomme. Das wäre kein Thema gewesen, dass man sage okay, einverstanden, dass man mit dem Zusatzantrag, dass man dies auf 600m² herunter ändere. Das wünsche er sich für die Zukunft. Er hätte jetzt wirklich gerne gewusst, wie das Ganze jetzt wirklich aussehe.

Bgm. Egger antwortet, dass er im Planungsausschuss ganz klar dazu Stellung genommen habe und ganz klar gesagt habe, wie die Geschichte verlaufen sei, auch wie der Werber schon angesucht habe. Soweit zum Planungsausschuss.

GV Kurt Berger merkt an, im Planungsausschuss gewesen zu sein.

GR Erich Kaniak sagt, dass er das Gremium als ein politisches Gremium sehe und man habe das Wohl der Gemeinde zu fördern. Man könne das jetzt dogmatisch sehen und sagen, man habe einen Grundsatzbeschluss und über den könne man nicht drüber gehen. Aber hier sei ein Sonderfall, die Gemeinde profitiere im Endeffekt wesentlich mehr. Man denke nur an den Wahnsinn „Straße Hainingerbach". Wenn man dieses Problem nicht löse, habe man gleich mindestens 50 Leute am Hals, die sagen würden, sie können nicht einmal zu ihren Wohnungen fahren, zu ihren Häusern, die vom Gemeinderat genehmigt worden seien und die fordern würden, dass dies passiere. Wenn man das nicht löse, habe man hier viel mehr Probleme als ein Grundstück, das zufälligerweise eh schon eingeschränkt sei. GR Kaniak sei ganz bei GV Berger, dass man jetzt erfahre, dass hier eine Einschränkung erfolge, das habe man nicht gewusst, das sei im Ausschuss nicht Thema gewesen. Aus diesem Grund sehe er Politik als das „Nichtmögliche machbar zu machen". Und wenn die Gemeinde einen Vorteil daraus habe, einen riesigen Vorteil, dann solle man dem Werber nicht noch mehr Steine vor die Beine werfen. Denn man wolle ja noch mehr haben, man wolle ja noch einen Radweg haben, man wolle ja noch eine Verbreiterung haben. Der Trichter, der da reingehen, sei ja alles Verlust von Grund und Boden. Also profitiere die Gemeinde im Endeffekt mehr, als der Werber. Das würde GR Kaniak ganz pragmatisch sehen.

GV Kurt Berger merkt daraufhin an, ganz kurz auf den Planungsausschuss zurück kommen zu wollen. Vielleicht habe er nicht aufgepasst oder habe es überhört. Er habe es im Planungsausschuss nicht mitgekriegt, dass Herr Haberl eigentlich nur um eine Parzelle angesucht habe. Vielleicht hätten es die anderen alle gehört, er habe es nicht gehört, wie auch immer. Aber er stehe auch dazu, wie er sich im Planungsausschuss verhalten habe. Er glaube, man sollte für dort jetzt eine Lösung finden. Vielleicht mit diesem Kompromiss, diesen 600m² und noch einmal bitte um Information vorher. Dass man vielleicht doch eine Lösung fände, dass man das Thema einen Schritt weiterbringe.

Bgm. Egger antwortet, dass Herr Haberl auch nicht um eine Parzelle angesucht habe, sondern um zwei. Weil da dann schon relativ klar war, es werde nur möglich sein, wenn die Sache noch dazu kommen würde. Zusatzanträge habe man so auch manchmal und vielleicht sei dies einfach ein Aufeinander zugehen, dass dann alle mitkommen könnten mit so einem Beschluss. Das wäre einfach klasse. Wenn es für manche nicht gehe und man bei 900m² bleiben, verstehe er das auch.

GR Bernhard Strauch möchte sagen, dass er sich total verwundert zeige, dass man hier sitze und manche Leute ihnen verbieten möchten, mit Gemeindebürgern zu sprechen. Er möchte anmerken, dass GR Harald Mayrhofer bei dem Gespräch mit GR Gierlinger wahrscheinlich nicht dabei war und woher wolle dieser dann wissen, was GR Gierlinger gesprochen habe. Und wenn dieser damit ein Problem habe, dann müsse er das anders lösen, aber hier zu sagen, nicht mit Gemeindebürgern sprechen und ihm zu unterstellen, eine Verschwiegenheitsverpflichtung gebrochen zu haben, fände er schon ein starkes Stück.
Das zweite, was GR Bernhard Strauch anmerken möchte, sei, dass er sich den Amtsvortrag auch sehr genau durchgelesen habe. Er sei sehr verwundert über diesen Zusatzantrag und er verstehe nicht, warum man hier so auf die Geschwindigkeit drücken müsse und an diesem Tag einen Beschluss fassen müsse. Was hindere sie daran, den Beschluss in Ruhe nochmals bei der nächsten Gemeinderatssitzung zu fassen? Er entnehme den Wortmeldungen, dass im Planungsausschuss andere Sachen diskutiert worden seien zu dem, was jetzt hier stehe... Er sehe keine schriftliche Vereinbarung dazu, dass man hier als Gemeinde einen Nutzen daraus ziehen könne. Vorverträge hinsichtlich Radweges und sonstige Dinge. Das hindere einen nicht daran, hier einfach zuzuwarten nochmal drei Monate oder er wisse nicht wann die nächste Sitzung sei, und in der nächsten Gemeinderatssitzung in Ruhe diese Vorhaben zu beschließen, sodass man auch für die Gemeinde – wie es bereits angesprochen wurde – Vorteile daraus ziehe. Warum Eile geboten sei, sei ihm nicht bekannt. Er zeige sich sehr verwundert, dass angesprochen wurde, dass man (Anmerkung: die grüne Fraktion) Verschwiegenheitsverpflichtungen verletzt habe. Das finde er sehr überraschend.

Bgm. Egger antwortet, dass in dem email, das an die Fraktionsobleute und ihn gegangen sei, stehe dies als einziger Punkt drinnen –Einschränkung der Größe etc. Es seien mehrere Punkte angesprochen worden aber dies sei der einzige Punkt gewesen, der konkret angesprochen wurde.

Vizebgm. Jürgen Kirchberger sagt, dass er sich wünschen würde, diese Diskussion etwas zu entschärfen. Er glaube nicht, dass es Sinn mache, sich gegenseitig Vorwürfe zu machen. Er glaube auch nicht, das GR Gierlinger mit Abstimmungsergebnissen durch die Lande ziehe. Daher brauche man so eine scharfe Diskussion nicht und er glaube, dass dies nicht zielführend sei. Es sei richtig, dass in Ausschuss-Sitzungen Verschwiegenheitspflicht bestünde, dass wisse man – so glaube er – eh alle. Zu den schriftlichen Vereinbarungen... da sei er sich nicht sicher, ob das dann überhaupt rechtlich sein dürfte, wenn man noch keinen Beschluss dazu hätte. Dies würde er rechtlich eher bedenklich sehen, wenn der Beschluss für so etwas noch gar nicht da sei.
Was Vizebgm. Jürgen Kirchberger schon ein bisschen störe, sei einfach dieser Zusatzantrag, den man hier zum ersten Mal höre und er sich jetzt noch kein klares Bild machen könne, wie es jetzt aussehe. Diese Bedenken habe er dazu.

GV Markus Kitzberger sagt, die drei Fraktionen seien sich zu diesem Thema einig gewesen. Das größte Bedenken der Grünen-Fraktionen sei gewesen, dass der Widmungswerber später das Grundstück nicht für seine Kinder nutze, sondern einem Bauträger teuer verkaufe, der sodann ein zu großes Objekt dorthin baue. Das sei nun entschärft worden durch die eingeschränkten Bauflächen. Das sei genau der Wunsch der Grünen Fraktion gewesen. Alle anderen Fraktionen seien sich eh einig gewesen. Darum verstehe er nicht, warum dies für Irritationen sorge, weil dies ja genau das sei, was die grüne Fraktion wolle und die anderen Fraktionen haben dem Thema auch ohne die Einschränkung zugestimmt. Das sei ihm nicht verständlich

GR Erich Kaniak stellt klar, dass dieses Thema schon zwei Jahre dahin gehe, es sei man wolle das Amt noch länger damit beschäftigen und stellt den Antrag um Schluss der Debatte, dass man dies abstimme. Denn es ändere sich nichts mehr daran.

Beschluss: einstimme Annahme

Antrag:
GR. Dr. Gierlinger stellt den Antrag, denn Tagesordnung abzusetzen, um mit dem Widmungswerber detaillierter das öffentliche Interesse der Gemeinde an seinen Grundstücken abzustimmen und Rahmenbedingungen zu vereinbaren.

Beschluss: mehrheitliche Annahme

Für den Antrag	6	Stimmen	GRÜNE:	Kaiser Eva, MSc, Dr. Gierlinger Siegfried, Mag. Kölblinger Ursula, Dr. Lamatsch Dunja, DI Eitzinger- Lange Leonhard, Mag. Strauch Bernhard
Gegen den Antrag	25	Stimmen	ÖVP, SPÖ, FPÖ	

Hauptantrag:
Der Planungsausschussobmann stellt den Antrag, das vorliegende Umwidmungsverfahren einzuleiten.

Beschluss - Hauptantrag: mehrheitliche Annahme

Gegen den Antrag	6	Stimmen	GRÜNE	Kaiser Eva, MSc, Dr. Gierlinger Siegfried, Mag. Kölblinger Ursula, Dr. Lamatsch Dunja, DI Eitzinger- Lange Leonhard, Mag. Strauch Bernhard
Stimmenthaltung	1	Stimme	SPÖ	Vizebürgermeister Jürgen Kirchberger
Für den Antrag	24			

Zusatzantrag:
Der Planungsausschussobmann stellt den Zusatzantrag, dem Gemeinderat die Empfehlung auszusprechen nach Annahme des Hauptantrages für das vorliegende Umwidmungsverfahren, die zwei Parzellen mit maximal 600 m² gewidmeter Fläche zu begrenzen.

Beschluss - Zusatzantrag: mehrheitliche Annahme

Gegen den Antrag:	3	Stimmen	GRÜNE	Kaiser Eva, MSc, Mag. Kölblinger Ursula, Mag. Strauch Bernhard
Stimmenthaltung	1	Stimme	SPÖ	Vizebürgermeister Jürgen Kirchberger
	3	Stimmen	GRÜNE:	Dr. Gierlinger Siegfried, Dr. Lamatsch Dunja, DI Eitzinger- Lange Leonhard
Für den Antrag	24			

4.2. Bebauungsplan Nr. 2 "Seewalchen-Südost" Änderung Nr. 12 - Grundstücke 2295/1 und 2295/3 KG Seewalchen

Berichterstatter: Planungsausschussobmann Ing. Mayrhofer Harald

Sachverhalt:
Der Grundsatzbeschluss wurde in der GR-Sitzung am 27.5.21 gefasst. Es sind die positiven Stellungnahmen der einzelnen Behörden eingelangt. Deshalb sollte jetzt der endgültige Beschluss gefasst werden. In der Planungsausschusssitzung vom 05.05.2022 wurde dem Gemeinderat einstimmig die Empfehlung ausgesprochen, die Änderung des Bebauungsplanes in der vorliegenden Form endgültig zu beschließen.

Antrag:
Der Planungsausschussobmann stellt den Antrag, die Bebauungsplanänderung in der vorliegenden Form endgültig zu beschließen.

Beschluss: einstimmige Annahme

Anlagen:
Plan A 4, Stellungnahme Raumordnung

4.3. Aufsichtsbeschwerde Dr. Blum

Berichterstatter: Bgm. Egger Gerald

Sachverhalt:
Enderledigung – Aufsichtsbeschwerde betreffend dem Baubewilligungsverfahren zum Projekt auf dem Grundstück Nr. 2036/1. Mit dem Einlangen des Schreibens der IKD vom 30.09.2021, mit der GZ IKD-2020-735141/10-Um, wird die Enderledigung der Aufsichtsbeschwerde mitgeteilt.
Es wird ersucht, dieses Schreiben dem Gemeinderat in einer Sitzung zur Kenntnis zu bringen (vgl. § 102 Abs. 1 Z. 5 Oö. GemO 1990) und der Aufsichtsbehörde einen Auszug aus dem Sitzungsprotokoll zu übermitteln. Die vorgegebene Frist wurde vom Land OÖ verlängert. Mittlerweile wurde auch weitere organisatorische Maßnahmen innerhalb der Gemeinde gesetzt. Es wurde zusätzliches Personal aufgenommen und die Fristerledigung innerhalb der Bauabteilung optimiert.

Wortwechsel:
GR Bernhard Strauch stellt die Frage, wenn er es richtig gesehen habe, sei das Schreiben, veröffentlicht vom 30.9.2021 gewesen. Jetzt stelle sich für ihn die Frage, er weiß, das sei vielleicht blöd, aber da habe man jetzt acht Monate dazu gebraucht, bis man das im Gemeinderat behandle. Wenn das Schreiben vor acht Monaten gekommen sei, dann habe man ja die Frist schon wieder versäumt zur Veröffentlichung, zur Genehmigung im Gemeinderat.

Amtsleiter Riedler merkt an, dass man deswegen einen Abteilungsleiter suche.

GR Strauch meinte daraufhin, dass das dann quasi verschwunden sei oder so in der Art.

GR Sigi Gierlinger möchte auch ein paar Worte an die Zuhörer richten, damit auch diese wüssten, was dies mit dem Gemeinderat zu tun habe. Man müsse sagen, der Gemeinderat sei sozusagen, ein bisschen das Parlament der Gemeinde und der Bürgermeister der Repräsentant nach außen, der Chef der Gemeindebediensteten im Endeffekt und für die Erfüllung der im Gemeinderat beschlossenen Projekte verantwortlich. Die Gemeinde, das Gemeindeamt die Gemeindebediensteten seien für die Verwaltungsangelegenheiten der Gemeinde zuständig, dem Bürgermeister unterstellt und auch die erste Anlaufstelle für die Gemeindebürger. Wer schon von den Gemeinderäten in der letzten Periode im Gemeinderat gewesen sei, könne sich wahrscheinlich erinnern an die Anfrage von Frau Claudia Hauschildt-Buschberger, das sei im Sommer 2021 gewesen, warum es zu einer Zeitverzögerung zu jenem übermittelten Verfahren und dem Antrag von Herrn Blum komme, warum die ganzen Veränderungen der Bausauführungen, der Einspruch nicht gemacht wurde, sei die Anfrage an den Bürgermeister gewesen im Sommer 2021. Das sei eine sehr hochsensible Angelegenheit, weil es hier natürlich auch darum gehe, dass die Bautätigkeit auf der Promenade extrem im Fokus sei und jeder Bürger merke etwas, jeder beschwere sich. Das sei schon ein sehr sensibler Bereich, sage man mal so. Und gerade diese Angelegenheit sollte man sehr zeitnah, fehlerfrei – und was ganz wichtig sei – mit den politischen Vertretern diskutieren. Das heiße, was man am heutigen Tag auch schon wiedergehabt hätte, es sei wichtig, auch die anderen Gemeinderäte zu informieren. Und vor allem wenn es eine Aufsichtsbeschwerde gebe, die durch die IKD bewertet werde, sei es umso wichtiger. Sollte das Landesverwaltungsgericht dieser Beschwerde, dieser Berufung stattgeben, dann könne es wesentliche Regressforderungen geben, denn wenn der Herr Hartl das abbauen müsse und das Beschwerdeergebnis sei und man das Versäumnis in der Gemeinde habe, weil man keinen Baustopp erledigt habe, dann müsse man das als Gemeinde dieses Bauvorhaben erledigen. Da brauche man nicht über eine Förderung für Lastenfahrräder reden, da gehe es dann um wirklich viel Geld. Er führt weiter aus, dass man aus den Unterlagen, die man gesehen habe, gehe hervor – vom 30. November 2021 – also kurz nach deren Anfrage, dass der Bürgermeister und das Amt Kenntnis erlangt hätten, mit dem Hinweis, bei der nächsten Gemeinderatssitzung diese Information an die Gemeinderäte weiterzugeben, dass dieser Entscheid der Aufsichtsbeschwerde da sei. Dass beim ersten Mal Fehler passiert seien, dass der Antrag nicht weitergereicht wurde, okay, da könne der Bürgermeister nichts dafür, wenn jemand einen Antrag mache. Aber wenn man schon eine Anfrage habe, wo man genau wisse, da müsse man aufpassen, dann wäre es für ihn schon wichtig, dass der Bürgermeister dieses Thema TOP 1 Priorität setze und sobald so ein Einschreiben komme, sofort informiere. Wenn es im Gemeinderat aus welchen Gründen auch immer nicht gehe, habe der Bürgermeister immer die Möglichkeit, den Gemeindevorstand in kleinem Kreis zu informieren. Aber acht Monate später, da gehe es nicht um Versäumnisse in der Gemeinde, da gehe es auch um Versäumnisse, die sich der Bürgermeister ein bisschen auf seine Fahnen heften müsse. Man rede immer vom gemeinsamen Seewalchen und auch der Bürgermeister spreche immer vom gemeinsamen Seewalchen, aber gemeinsam funktioniere nur, wenn man auch Informationen bekomme und nicht so wie an diesem Tag. Am letzten Tag einen Zusatzantrag und das. Man könne das anders machen. Das sei ein Problem, das man habe.

Bgm. Egger entgegnet, dazu nur ganz kurz etwas zu sagen, da könne er jetzt lange antworten. Punkt 1, GR Gierlinger habe mehrere Verfahren vermischt. Punkt 2, man schaffe es miteinander nicht, wenn er eine Doodle-Umfrage stelle, dass der Bürgermeister einen Kalendereintrag geschickt bekomme, dass man sage, wann eine Besprechung sei. Da fange es eigentlich schon an. Richtig, das werde man schon zusammen bekommen. Man arbeite daran, dass man das besser mache. In solchen Sachen treffe es den Bürgermeister genauso, wie es auch den Amtsleiter treffe, wie es die Bauabteilung treffe – alle. Denn man sei hier herinnen ein Team. Und man sei gemeinsam – richtig.

Das sei auch der Grund, warum das Team - Nein, das sei kein Thema für den Gemeinderat und kein Thema für den Gemeindevorstand, das sei ein verwaltungsrechtliches Thema. Und daher in diesem Fall nicht für Relevanz, außer es komme zu dem Punkt, der leider jetzt passiert sei.

GR Sigi Gierlinger antwortet, wenn das keine Relevanz hätte, dann sei da ja fast ein Hohn. Denn es stehe im Schreiben vom Land, dass der Gemeinderat unverzüglich bei der nächsten Gemeinderatssitzung zu informieren sei. Also, dass dies für einen Gemeinderat keine Relevanz habe, das stimme einfach nicht.

GV Kurt Berger ergänzt, dass so viele Dinge passiert seien, die nie passieren hätten dürfen. Über diese Dinge habe er erst die letzten zwei Wochen mit dem Amtsleiter eine Stunde diskutiert. Worum es ihm gehe sei, dass man in der Zukunft ein System aufbaue in der Verwaltung, dass diese Dinge nicht passieren könnten. Es könne nicht sein, dass ein Schreiben ein halbes Jahr im Haus herumgeistere und diejenigen, die dies zu exekutieren hätten, wüssten davon nichts oder nicht entsprechend. Da müsse ein System geschaffen werden, welches anders sei. Denn er sei der Erste, wenn so etwas wie heute wieder passiere, darauf entsprechend hinweise und sage „Freunde, jetzt sei aber Ende". Weil es dürfe nicht sein und es könne nicht sein. Wenn man heute ein Schreiben zur Kenntnis nehmen solle, dann frage er sich, ob alle Gemeinderäte wüssten, was darinstehe oder mache man es so, wie man es früher gemacht habe, dass man dieses Schreiben auch verlese. Denn nur dann glaube er, und es sei so immer gewesen bei einer Kenntnisnahme, er halte dies auch für richtig. Er sei sich nicht sicher, ob jeder dieses Schreiben auch gelesen habe oder den Inhalt kenne. GV Berger gibt weiter an, diese Sachen in seiner Fraktion auch zu verteilen. Man habe das natürlich auch ausführlich diskutiert, gerade wegen der Fehler, die hier passiert seien, weil solche Dinge, für andere, die nicht in der Verwaltung seien absolut unverständlich seien. Denn eine jede andere Firma bringe man damit um. Das sei einfach so. Und die Bauabteilung, die sei eh halbtot. Das sei leider Gottes so. Da müsse man jetzt schauen, dass man das wieder in die Reihe bekomme. Wenn so etwas wieder passiere, dann sei er der Erste der sage „Freunde, so nicht".

GR Erich Kaniak gibt an, das Thema angerissen zu haben und es sei hier knallhart auf den Tisch gelegt worden. Es sei vollkommen klar, jede Firma, die in so einer Struktur sei, wie derzeit die Gemeinde, habe irrsinnige Probleme am Markt zu bestehen bzw. sein Umfeld, sein Klientel, seine Kunden zufrieden zu stellen. Man habe zudem das Pech gehabt, dass Dr. Blum, welcher nicht irgendein Rechtsanwalt, sondern wirklich ein Top-Mann sei, er sei als Anwalt zu empfehlen, dieser sei wirklich gut. Man habe es ja gesehen bei der Sache „Arigona" und so weiter – auch gegen den Staat. Der Fehler sei aber schon viel früher passiert. In der Personalpolitik, wenn gute Leute aus der Gemeinde plötzlich weggingen, die eingearbeitet seien und dann Hearings stattfänden, worin Leute säßen, wo man sagen müsse, „Mensch, die könne man alle nicht nehmen". Das sei ja Selbstmord der Gemeinde, was da passiere. Es sei niemand am Markt. Darum hätte man den guten Leuten, die eingearbeitet gewesen seien, die Willens gewesen seien, eine Unterstützung geben müssen, diese Abteilung abrunden müssen, dass die Leistungsfähigkeit bestehe. Dann müsse nicht der Bürgermeister seinen Kopf hinhalten oder der Sekretär müsse nicht seinen Kopf hinhalten, sondern die Abteilung müsse dies selbst regulieren. Das sei der Weg gewesen. Aber die Fehler würden schon viel früher anfangen. Ohne gute Leute könne man nichts machen... man sei ja keine Zauberer. Das sei das Problem. Man müsse schauen, dass man gute Leute fände, wenn auch nur in einer beschränkten Zahl, vermute er.

Bgm Egger antwortet, dass GR Kaniak dem Amtsleiter und ihm mit diesem Statement sehr stark aus der Seele gesprochen habe.

GR Bernhard Strauch sagt, dass er es noch immer nicht verstehe. Das Schreiben vom Land gehe an den Bürgermeister persönlich, da stehe zu Handen Herrn Bürgermeister. Jetzt sei seine Frage, er wisse, wie das so sei mit der Post, von seiner früheren Firma. Aber wenn etwas zu seinen Handen geschickt worden sei, dann habe er das bekommen.

Er könne sich das nicht vorstellen. Sei das Schreiben quasi nicht an den Bürgermeister ausgehändigt worden? Oder habe man das quasi aufgemacht und gesehen, das sei für die Bauabteilung? Er frage sich, ob der Bürgermeister diese Post dann bekomme. Diese sei verschwunden, das passiere, bei ihm auch. Aber er wolle wissen, ob das quasi zurück gegangen sei an den Bürgermeister oder nicht.

Amtsleiter Riedler erklärt, dass es wie in jeder Organisation einen Posteingang gebe. In diesem Falle verwalte er selbst diesen. Er verteile die emails an die Abteilungsleiter und an den Bürgermeister. Das email sei an beide gegangen und dies obliege natürlich dem Abteilungsleiter, dass er diesen Punkt dann bearbeite. Dafür habe man ja einen Abteilungsleiter, sonst müsse er sich ja alles selbst machen. Das Problem sei gewesen, dass ja viele Sachen passiert seien, auf die wolle er jetzt im Detail nicht eingehen, das hänge zusammen mit Überlastung, wie es GR Kaniak schon gesagt habe. Das habe sich verstrickt und das Schreiben sei einfach liegen geblieben. Es sei ein Fehler gewesen, man hätte natürlich früher reagieren müssen, aber es sei trotzdem eine Leitungsfunktion. Das sei so lange liegen geblieben. Was GR Gierlinger gesagt hätten, seien zwei Aufsichtsbeschwerden gewesen, die jeweils von Dr. Blum gekommen seien. Das eine sei Hartl und das andere Real Treuhand. Da müsse man unterscheiden. Das möchte er noch ergänzen zu vorhin, dass das nicht ganz so war. Es seien jetzt Schritte gesetzt worden, man sehe eh die Stellenausschreibungen. Er habe es sich auch anders gewünscht. Man fände keine Leute

GV Berger antwortet, dass mit dieser Erklärung, die der Amtsleiter gemacht habe, es umso wichtiger sei, ein System zu finden, dass auch der Amtsleiter und der Bürgermeister schauen würden, ob ihre Leute funktionieren würden. Das sei der Punkt. Man habe diskutiert, der Amtsleiter habe gesagt, er habe da jetzt etwas implementiert. GV Berger sagt, dass er hoffe, dass das funktioniere. Wenn es wieder nicht funktioniere, dann gebe es wirklich ein Theater.

GR Ursula Köblinger wirft ein, noch immer auf des Bürgermeisters Antwort auf GR Strauchs Frage zu warten. Habe der Bürgermeister das Schreiben erhalten?

Bgm. Egger entgegnet, dass seine Unterschrift nicht darauf sei.

GR Kölblinger meint darauf, dass das auch nicht die richtige Antwort sei.

GV Berger darauf, dass der Amtsleiter sagte, dass der Bürgermeister das Schreiben erhalten hätte.

GR Leonhard Eitzinger-Lange merkt an, dass ihn vorhin gestört habe, dass irgendwelche Anekdoten oder andere organisatorische Geschichten wie Doodle-Eintragungen nicht mehr privat seien. Das habe nichts im Gemeinderat zu suchen. Er wolle wissen, warum dieser Tagesordnungspunkt in dieser Sitzung behandelt würde und nicht in der Sitzung im März oder im Jänner. Was sei dafür der Auslöser gewesen, dass man wieder darauf gekommen sei, dass es dieses Schreiben gebe. Habe es da eine Erinnerung gegeben von irgendjemandem oder sei es aufgetaucht oder wie sei es zugegangen, dass es jetzt auftauche.

Amtsleiter Riedler antwortet darauf, wenn ein Schreiben so lange liegen würde, würde sich jemand aus Linz melden und fragen, was da los sei. Man habe dann auf Fristerstreckung angesucht bei Herrn Mag. Umdasch, der dies behandeln würde. Weil wenn hier stehen würde – er wisse jetzt das Datum nicht, man solle das in der nächsten Sitzung behandeln. Da sei dies meistens gar nicht möglich, weil man ab und zu Stellungnahmen benötige und Bausachverständige und das gehe sich zeitlich gar nicht aus. Dann suche man um Fristerstreckung an. In diesem Falle, er brauche das jetzt nicht wiederholen, war es eine organisatorische Geschichte. Man suche jetzt eh jemanden. In Zukunft werde es, wie es halt überall sei, einen Kalendereintrag geben mit einem Vier-Augen-Prinzip. Dann sollte es nicht mehr passieren.

Bgm. Egger ergänzt, dass es nicht so sei, dass man einfach nichts gemacht habe. Es sei eines nach dem anderen gewesen. Es sei aufbauend gewesen. Der Gemeindevorstand sei involviert gewesen in den Thematiken. Es gehe da ja schon Jahrzehnte... dass es in der Bauabteilung einfach auch Sachen gebe, die umzuorganisieren seien etc.

GV Karin Hemetsberger wolle zu diesem Thema auch noch gerne etwas sagen. Im Grunde genommen sei sie davon überzeugt, dass das Bauamt sehr genau und sehr sachlich arbeite. Jeder wisse, wo gearbeitet werde, da würden auch Fehler passieren. Sie wolle das jetzt auch nicht entschuldigen, es sei ein gravierender Fehler passiert – und vielleicht auch nicht ein Mal oder zwei Mal. Aber es würde jetzt nichts mehr an der Tatsache ändern. Man müsse das jetzt zur Kenntnis nehmen, das Personal würde aufgestockt. Es habe keinen Sinn, dieses Thema jetzt endlos zu bereden. Darum stelle sie jetzt den Antrag auf Ende der Debatte.

Antrag:
GR. Karin Hemetsberger stellt den Antrag, auf Schluss der Debatte.

Beschluss: einstimmige Annahme

Antrag:
Der Bürgermeister stellt den Antrag, dass die Enderledigung der Aufsichtsbeschwerde mit der GZ IKD-2020-735141/10-Um zur Kenntnis genommen wird.

Beschluss: einstimmige Annahme

Anlagen:
Schreiben vom Land OÖ

5. INFRASTRUKTUR & VERKEHRSANGELEGENHEITEN

5.1. Sirenenanlage - Abschließen eines Übereinkommens mit dem BAV Vöcklabruck

Berichterstatter: Bgm. Egger Gerald

Sachverhalt:
Abschluss eines Übereinkommens zwischen der Marktgemeinde Seewalchen und dem Bezirksabfallverband Vöcklabruck, Ida-Pfeiffer-Straße 18, 4840 Vöcklabruck betreffend Gestattung und Rechtseinräumung eines Teiles des Grundstücks Nr. 2218, im Altstoffsammelzentrum zur Errichtung, Erhaltung und Betreibung einer Sirenenanlage.

Antrag:
Der Bürgermeister stellt den Antrag, das Übereinkommen betreffend Gestattung und Rechtseinräumung auf einem Teil des Grundstückes Nr. 2218, EZ 2283 in der KG Seewalchen (im Altstoffsammelzentrum) zwischen der Marktgemeinde Seewalchen a. A. und dem Bezirksabfall Vöcklabruck, ida-Pfeiffer-Straße 18, 4840 Vöcklabruck zur Errichtung und Betreibung einer Sirenenanlage (laut Beilage) abzuschließen.

Beschluss: einstimmige Annahme

Anlagen:
Vertrag – Übereinkommen Sirenenanlage

5.2. Katasterschlussvermessung Schutzweg Steindorf - Ab- und Zuschreibung

Berichterstatter: Bgm. Egger Gerald

Sachverhalt:
Zur grundbücherlichen Durchführung des Teilungsplanes nach den Sonderbestimmungen des Liegenschaftsteilungsgesetzes gemäß §§ 15 ff für die Katasterschlussvermessung des Schutzweges in Steindorf (L1274 Gamperner Straße) sind die im beiliegendem Teilungsplan des Amtes der Oö. Landesregierung enthaltene Ab- und Zuschreibung vom Gemeinderat zu beschließen.

Antrag:
Der Bürgermeister stellt den Antrag, die Ab- und Zuschreibung gemäß dem Teilungsplan GZ: 1274-40/19 zu beschließen.

Beschluss: einstimmige Annahme

Anlagen:
Plan

5.3. Aichergut Seewalchen – nächtliche Ruheströung im Wohngebiet

Berichterstatter: Bgm. Egger Gerald

Sachverhalt:
An die Marktgemeinde Seewalchen am Attersee, z.H. Herrn Bürgermeister mit dem Ersuchen, dieses Schreiben dem **Gemeinderat** in seiner nächsten Sitzung **zur Kenntnis zu bringen** (§ 102 Abs. 1 Z. 5 Oö. Gemeindeordnung 1990). Der Auszug aus dem Sitzungsprotokoll ist der Aufsichtsbehörde unaufgefordert spätestens bis zum **01.05.2022** vorzulegen, wobei um eine Fristverlängerung ersucht wurde.

Antrag:
Der Bürgermeister stellt den Antrag, das Schreiben bezüglich der Ruhestörung zur Kenntnis zu nehmen.

Beschluss: einstimmige Annahme

Anlagen: Plan

6. KULTUR-, SOZIAL-UND UMWELT

6.1. Ehrungen für Sommerfest

Berichterstatter: Bgm. Egger Gerald

Sachverhalt:
Vorschlag Ehrungen – Frühlingsfest 2022

Ehrenbürger & Ehrenring	Mag. Johann Reiter
Ehrenring	Rudolf Romankiewicz
Verdienstmedaille GOLD	Johann Rauchenzauner, Hans Schmidt Rudolf Hemetsberger GR + GV *1979-1985 EGR, 1985-1997 GR, 2003-2021*

	Dr. Oskar Vogel *(Arztpraxis in Seewalchen)* (Dr.Klaus Wiesner bekam für 30 Jahre Gemeindearzt, Mitglied der FF und Feuerwehrarzt – die Verdienstmedaille in Gold)
Verdienstmedaille SILBER	Huber Franz *(GR 12.2001 – 11.2021)* Ploberger Karl *(Artikel für Marktblatt)* Binder Manfred
Verdienstmedaille BRONZE	Hilz Gabriele Erich Deinhammer
Sport- und Kulturabzeichen GOLD	Mathias Mair *EUROW 2021 – Sieg im Vierer, Sieg imZweier* • *Bronze-Medaille beim Coupe de la Jeunesse (inoffizielle U-19 EM)* • *Bronze-Medaille bei den Indoor-Staatsmeisterschaften der Junioren-Leichtgewichtsklasse*
Sport- und Kulturabzeichen SILBER	Peter Drienko Ehrnleitner Herbert *(Obmann MMK Seew.)* Klein Horst *(Obmann ATSV)*
Sport- und Kulturabzeichen BRONZE	Lorenz Petermair *(Staatsmeister Skifahren)* Alfons Egger *(Pfahlbau)* *Zoister Kerstin (Skibob)* *Zoister Pia (Skibob)*
Ehrenurkunde	Dr. Alex Blaicher *(Impfstraße)* Doris Schreckeneder Stern Cuturi *(Attersee-Schifffahrt)* Georg Föttinger *(Tourismusverband)* Sebastian Kritzinger *(Tourismusverein)* Elke Friedrich (Kapellmeisterin MVR) Florian Zahler (Polizei)
<u>Ukraine-Hilfe (Litz-Litzlberg)</u>	Gerald Schuster Magdalena Bachinger Dominik Kaiser Christopher Staude Markus Bankhofer Benedikt Meyer
<u>Pensionierungen:</u>	Binder Manfred Schobesberger Karin Schwager Josef Flachberger Ulrike Bauer Elfriede
<u>Ausgeschiedene Mitarbeiter:</u>	Röthleitner Sabine (Okt.16 bis April 21) Stiglbauer Manuel (Dez.09 – März 20) Klein Stefan Reiter Andreas

Ausgeschiedene GR: Viktoria Buschberger
Dr. Oskar Vogel
Manfred Grubinger

GR Erich Kaniak möchte, als lange in Organisationen Dienender – vom Staat, vom Militär, bis zu den Beamten und von der freien Wirtschaft bis hin zu den Kammern, darauf hinweisen, dass eine Inflation von Ehrungen die Geehrten nicht ehrt. Wenn jeder geehrt werden würde, wegen Bagatellen oder wegen Pflichten, die er sowieso ausfüllen müsse, dann habe man eine Inflation und dann müsse man es schon jeden Tag jedem in die Hand drücken. Diese Inflation gebe es zu vermeiden, weil sie nicht demjenigen nutze, sondern den meisten, die dies wirklich verdienen würden, schaden.

Bgm. Egger stimmt GR Kaniak zu. Er gibt jedoch an, dass es so sei, dass man jetzt zwei Jahre keine Ehrung gehabt habe und sich da einiges angehäuft habe. Dem Bürgermeister sei es ein wenig so gegangen wie GR Kaniak. Die Liste sei doch ganz schon lang.

Vizebgm. Kirchberger bedankte sich an dieser Stelle beim Bürgermeister und Vizebürgermeisterin Klaudia Haberl. Man habe sich wirklich lange hingesetzt und diesen Ehrungsraster angelegt und auch immer auch vor- und zurückgespult. Wer wann wo was gewesen sei. Es sei auch etwas an Recherchearbeit notwendig gewesen von Seiten des Amts. Man habe es sich nicht leicht gemacht und er denke, man habe eine sehr faire und transparente Möglichkeit geschaffen und das sei ihm sehr wichtig, wie man zukünftig solche Ehrungen erwerben könne. Deswegen sage er an dieser Stelle einmal Danke für die Zusammenarbeit, er glaube, dass dies ganz gut gelungen sei.

Bgm. Egger ergänzt noch, dass er schmunzeln musste bei GR Kaniaks Ausführungen, dass jeder hier herinnen eine Auszeichnung bekomme würde, wenn man ausscheide. Man würde das Bronze bekommen, egal ob man im Gemeindevorstand oder sonst wo gewesen sei.

GR Sebastian Kritzinger merkt an, dass er sich wünschen würde, dass die Leute aus der Wirtschaft nicht vergessen werden würden.

Bgm. Egger antwortet, dass dies bereits besprochen wurde und GR Peter Reiter der Vorschlag gemacht habe, dies in Zukunft stärker zu berücksichtigen. Dies werde in Zukunft definitiv mehr Niederschlag finden.

GR Ursula Kölblinger fragt, wann das Sommerfest sein solle.
Bgm. Egger antwortet, dass man sich jetzt einmal den 8.7.2022 gedacht habe. Denn das sei irgendwie das letzte Datum, wo dies irgendwie möglich sei. Jetzt habe es einmal der Gemeindevorstand bekommen, der werde dann entscheiden, wann es wirklich sei. Man mache jetzt ein Sommerfest, dies als Hintergrund. Er glaube, dies habe jeder auch in dessen Fraktion besprochen, weil man sich nicht sicher sei, wie es heuer mit der Weihnachtsfeier aussehe. Man wolle es nicht noch ein weiteres Jahr aufschieben, sonst würde die Liste noch länger werden. Dann würden GR Kaniaks Argumente noch schlagender werden.

GR Dunja Lamatsch fügt hinzu, dass auf der Homepage der Gemeinde stehe: Seewalchner Sommerfest 15.8.2022 von 10 bis 15 Uhr auf der Promenade.

Bgm. Egger antwortet, dass es sich dabei um das Sommerfest der SPÖ handle

Antrag:
Der Bürgermeister stellt den Antrag, die vorliegenden Ehrungen zu beschließen.

Beschluss: mehrheitliche Annahme
Stimmenthaltung: FPÖ Mag. Erich Kaniak, FPÖ Mag. Irene Autengruber

7. PRÜFBERICHT

7.1. Kenntnisname des Prüfberichtes der Prüfungsausschusssitzung vom 16.03.2022

Berichterstatter: Prüfungsausschussobmann Stockinger Rudolf

Sachverhalt:
Am 16.03.2022 fand eine Sitzung des Prüfungsausschusses statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Rechnungsabschluss 2021 der Marktgemeinde Seewalchen und Rechnungsabschluss 2021 der VFI & Co. KG. Der in der Prüfungsausschusssitzung verfasste Prüfbericht ist dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen.

Antrag:
Der Prüfungsausschussobmann stellt den Antrag, den Prüfbericht der Prüfungsausschusssitzung vom 16.03.2022 zur Kenntnis zu nehmen.

Beschluss: einstimmige Annahme

Anlagen:
Prüfbericht der Prüfungsausschusssitzung vom 16.03.2022

8. DA1 - Nachwahlen Umwelt- und Klimaausschuss

Sachverhalt:

Nachwahlen Umwelt- und Klimaausschuss

I. Nachwahl Obmann

Durch den Mandatsverzicht von Obfrau Claudia Hauschildt-Buschberger tritt ein Verlust der Obfrau ein.

Vorschlags -und abstimmungsberechtigt ist die GRÜNE-Fraktion. Gemäß § 52 Oö. Gemeindeordnung sind Wahlen stets geheim mit Stimmzettel durchzuführen, es sei denn, dass der Gemeinderat einstimmig eine andere Art der Stimmabgabe beschließt.

Antrag 1:
Der Bürgermeister stellt den Antrag, dass die Abstimmung durch das Erheben der Hand erfolgen soll.

Beschluss: einstimmige Annahme

Von der GRÜNEN-Fraktion liegt ein gültiger Wahlvorschlag für den Obmann, lautend auf Dipl.-Ing. Eitzinger-Lange Leonhard vor. Abstimmungsberechtigt ist die GRÜNE-Fraktion.

Antrag 2:
Der Bürgermeister stellt den Antrag, über den vorliegenden Wahlvorschlag abzustimmen.

Beschluss: einstimmige Annahme

II. Nachwahl Ersatzmitglied

Der Bürgermeister teilt mit, dass von der GRÜNEN-Fraktion ein Wahlvorschlag für das Ersatzmitglied des Umwelt- und Klimaausschuss, lautend auf Frau Mag. Olga Schiefermayer, vorliege. Abstimmungsberechtigt ist die GRÜNE-Fraktion.

Antrag3:
Der Bürgermeister stellt den Antrag, über den vorliegenden Wahlvorschlag abzustimmen.

Beschluss: einstimmige Annahme

Anlagen:
Nachwahlen-Fraktion

9. ALLFÄLLIGES

GR Ursula Kölblinger möchte ihrer höchsten Verwunderung und auch ihrem Ärger in Bezug auf die Geschehnisse beim Kinderbad Ausdruck verleihen. Sie habe natürlich schon seit längerem beobachtet, dass es dort beachtliche Veränderungen gebe. Sie habe sich auch immer erkundigen wollen, habe dies jedoch jedes Mal vergessen. Nachdem etliche Zeit dort nur Planken gelegen seien, habe sie in ihrer Naivität angenommen, dass es sich um zusätzliche Liegeplanken größeren Ausmaßes für die Badebesucher:innen handle. Nun jedoch, große Überraschung, entstünden zwei neue Bade-Bootshütten in beachtlich großem Ausmaß. Da darüber öffentlich und in der Gemeinde großes Schweigen herrsche, habe sie schon aus anderen Kanälen erfahren, dass die Bundesforste als Besitzer zwei Badehütten bzw. Bootshäuser errichten würden, die in der Folge verpachtet werden sollen. Diesbezüglich sei auf „willhaben" inseriert worden: zwei Bade- und Bootshäuser mit dem Rufpreis einer Pacht von 16.000 Euro pro Jahr plus 25.000 Euro Kaution für den Bestbieter. Das hieße, die 16.000 Euro seien das Minimum. Ihres Ermessens nach würden bei diesem Bau die 20% Erweiterung bei Neubauten bei Weitem überschritten werden. Sie schätze die Erweiterung um mindestens ¼ bis 1/3 im Verhältnis zur vorherigen Hütte. Jedenfalls würden diese bis ca. 5m an den Steg des Kinderbades heranreichen und würden die dort Badenden somit massiv beeinträchtigen. Vor einigen Jahren habe man stolz und kostenspielig das Kinderbad renoviert und erweitert, in Emilie-Flöge-Bad umgetauft mit dem Emilie-Flöge-Platz, und es sollte nicht nur den Seewalchner:innen mehr und schönere Freibadefläche bieten, sondern auch für Besucher:innen ein Zielpunkt sein. Im Moment sei davon praktisch gar nichts übrig. Wann dieser Neubau endlich fertig werde, sei nicht ersichtlich, wie es sich dann dort gestalten werde sei ebenfalls unklar, und die erweiterte Liegewiese sei derzeit Bauablageplatz und große Bauzufahrt, d.h. bei jetzt beginnender Badesaison jedenfalls für Wochen nicht benützbar. Pächter, die sich solche Summen leisten können, werden sich sicher nicht damit abfinden, dass sich unmittelbar daneben ein öffentlicher Badeplatz mit vielen Badenden und Lärmbelästigung befinde. Für ständigen Konfliktstoff sei gesorgt. All das jetzt, wo sehr oft in den lokalen Medien von mehr freien Seezugängen die Rede sei In Seewalchen jedenfalls sei das Gegenteil der Fall! SP LAbg. Margreiter habe sich auch bereits des Falls angenommen und ihren diesbezüglichen Standpunkt mit eindrucksvollem Foto des Ist-Zustandes veröffentlicht. Sie frage sich, warum diese Angelegenheit, in die der Bürgermeister ja auf jeden Fall eingeweiht sei, bis jetzt weder im Gemeindevorstand zur Sprache kam, noch Fraktionsobleute informiert wurden. Vielleicht hätten in gemeinsamer Anstrengung Schritte zur Abmilderung des Problems unternommen werden können. Außerdem sei zwar sehr viel von Bürgernähe und Bürgerbeteiligung bei uns die Rede, und alles, was - auch zu Recht - zu belobigen sei, werde ausführlich in Bürgermeisterbriefen, Markt- und Parteiblättern mitgeteilt. Handle es sich jedoch um - wenn auch sehr viele betreffend - unangenehme Geschehnisse, wie bei dieser massiven Einschränkung beim Kinderbad, dann erfahre niemand, der nicht selbst nachforsche, irgendetwas. Eine klare Kommunikation und Transparenz in allen wesentlichen Belangen, auch in den nicht erfreulichen, wäre äußerst wünschenswert!

Bgm Egger führt an, dass man – genauso wie wenn GR Kölblinger ihr Haus einreiche – werde man genauso ihren Grundriss nicht veröffentlichen, weder in irgendwelchen Medien oder irgendwo anders. Genauso gehe es den Bundesforsten. Der Bürgermeister bewege sich absolut im rechtlichen Rahmen, er dürfe das gar nicht anders. Punkt drei, man bleibe ehrlich in den Parteimedien, Bürgermeisterbriefen etc. Punkt vier, würde den Bürgermeister interessieren, woher GR Kölblinger die Informationen nehme, dass zwei Badehütten entstehen würden, dass es ein Drittel größer werde etc.

GR Köblinger gibt an, dass das Drittel größer ihre Einschätzung sei und das mit den zwei Badehütten sei aus „willhaben". Da sei das inseriert gewesen. Sie könne dem Bürgermeister das auch zeigen.

Bgm. Egger antwortet, dies nicht zu brauchen, weil man es eh kenne. Er kenne auch die Einreichpläne und er habe diese auch unterschrieben. Es sei so, dass man unter den 20% bleibe. Man habe jetzt eineinhalb Jahre verhandelt und da wäre man bei mehr als 20% gewesen und da hätten alle miteinander keine Freude damit gehabt. Wenn dies 20% größer gewesen wäre, dann hätten sich alle niedergesetzt. Die ersten Entwürfe seien etwas ganz anderes gewesen. Man solle froh sein, dass es nun so werde. Dann sei da noch diese Wiese gewesen, die davor der Gemeinde gehöre. Da könne man ganz leicht nachschauen und man wisse, dass die Gemeinde diese von den Bundesforsten pachte.

GR Kölblinger fragt, ob diese dann also auch noch wegfalle.

Bgm. Egger antwortet darauf, die Wiese davor werde von der Gemeinde von den Bundesforsten gepachtet und die gehöre ihnen. Man habe eine Minderung von der Pacht. Die Bundesforste dürften diese als Baufläche nehmen, aber diese bleibe als Badefläche erhalten für die Seewalchner. Daher sei diese Aussage auch falsch, den Seewalchnern nehme man es weg anstatt anderen zu sagen, dass man was dazugebe. Das stimme einfach nicht. Man habe voriges Jahr die Fläche dazugewonnen, die habe man davor nicht richtig gehabt.

GR Bernhard Strauch ergänzt, das Foto auf „willhaben" gesehen zu haben, da seien zwei Badehütte darauf. Es sei nun seine Frage, ob dies jetzt eine oder zwei Hütten seien. Der Bürgermeister habe jetzt angedeutet, dass es eine Badehütte sei, auf den Fotos seien es zwei. Es sei interessant, wenn der Bürgermeister es sagen dürfe. Wenn er es nicht sagen dürfe ...

Bgm. Egger antwortet, dass sie sich beide Ansichten ansehen sollten. Auf „willhaben" seien sogar drei Fotos drinnen. Dies sei die genau Ansicht, da sehe es aus wie zwei, hinten mit einem Balken verbunden. Das sei im Prinzip genau ersichtlich, dass sei ein Gebäude das genau so aussehe. Sonst könne man auch auf den Bundesforsten nachsehen, da seien mehrere Bilder drinnen.

GR Kölblinger sagt, das habe man bereits herausgenommen.

GV Kurt Berger wolle nun auch etwas dazu sagen. Er sei auch sehr darüber verwundert, er sei auch von mehreren Leuten angesprochen worden, ob er etwas darüber wisse. GV Berger habe nichts gewusst, einige Recherchen seiner Leute hätten ergeben, dass in „willhaben" dieses angeboten werde mit 25.000 Euro Kaution und Mindestmiete 16.000 Euro irgendwas. Wenn man sich die Unterlagen in diesem Prospekt oder dieser Ausschreibung ansehe, sehe man, dass es ein Objekt sei mit zwei Einheiten. Er glaube, dass müsse man auseinanderhalten. Es sei ein Objekt, aber es seinen zwei Objekte, die vermietet werden würden – die Linke und die Rechte. Da sei ein Gebäude und links und rechts eine Einheit und hinten haben diese einen gemeinsamen Zugang. Das sehe man im Grundriss ganz genau. Es werden zwei Einheiten. Es werde dort einen Nutzungskonflikt geben. Er habe mit dem Bürgermeister auch gesprochen und gesagt, wie man das zulassen könne. Man habe dort unten aufgrund der Sonderwidmung leider Gottes nicht viele Möglichkeiten gehabt. Ob dies jetzt die 20% seien oder nicht, er glaube, das lasse sich von Amts wegen ganz einfach überprüfen. Man müsse jetzt schauen, ob es von der Einreichung unter den 20% gewesen sei und ob dies, was dort entstanden sei auch unter den 20% sei und GV Berger ersuche dies von Amts wegen überprüfen zu lassen. Dies sei der eine Punkt, der zweite Punkt sei, GV Berger war an diesem Tag noch unten und es habe ihn wirklich schockiert, wenn er sich dies jetzt vom Bauzustand ansehe, dann sei es für ihn nicht ersichtlich, dass man die Badefläche heuer überhaupt einmal kriege. Seine Frage sei, ob man dem Bauwerber im Bauverfahren vorgeschrieben habe, bis wann die Gemeinde die Wiese wieder benützen wolle. Er könne sich nicht vorstellen, dass man da September hineingeschrieben habe.

Bgm. Egger wirft ein, dass dies stimme und nicht September drinnen stehe.

GV Berger will wissen, was nun drinnen stehe.

Bgm. Egger antwortet, dies nicht zu wissen, weil man wer weiß wie viele Bauvorhaben habe jeden Tag. Das könne man nicht auswendig wissen und er könne auch nicht – mit Verlaub – über jedes Bauverfahren mit GV Berger sprechen.

GV Berger sagt, dass dies so ein sensibler Bereich sei und es mache einen Unterschied, ob Ende Mai oder Ende Juli drinnen stehe.

Bgm. Egger wirft ein, dass man trotzdem die Bauakte nicht offen zugänglich machen dürfe. Das sei so. Es gebe ja auch leider einen rechtlichen Rahmen. Die 20%...Er wolle jetzt nicht mehr darauf einsteigen, weil es seien eh schon genug Details gewesen. Aber die 20% seien eine genial umstrittene Geschichte. Wenn dort die Hütte um 20% größer sein dürfe im Volumen als die Letzte, dann sei diese auch 20% höher. Dann hätte man schön geschaut. Es sei ein Horror, ein Horror.

Amtsleiter Riedler ergänzt, dass sich das Volumen gesenkt habe, es sei breiter geworden. Es sei vom Naturschutz und wasserrechtlich bewilligt worden.

GR Eitzinger-Lange fragt, ob das nach der GFZ geregelt sei oder nicht.

Bgm. Egger erwidert, dass dies nicht eindeutig geregelt sei, schlicht und einfach. Wenn es jemand darauf anlege, seien es 20% in allen Dimensionen. Wenn diese dies durchgezogen hätten... er wisse gar nicht, wie viele Entwürfe man genau gehabt habe... gut, dass das jetzt dort stehe... das sei mit Abstand das Kleinste, Zierlichste und Schönste, was gegangen sei – mit Abstand. Und dafür seien viele Leute sehr häufig zusammengesessen.

Vizebgm. Kirchberger sagt, dass es bekannt sei, dass da unten etwas den Bundesforste gehöre, das sehe man im Kataster auch sehr eindeutig. Trotzdem muss die Frage erlaubt, sein, warum etwas, was im Bundeseigentum stehe und durch die Bundesforste verwaltete werde, an die Personen verpachtet werde, die es sich leisten könnten und nicht den Menschen zur Verfügung gestellt werde, die vielleicht nicht das Geld hätten ins Strandbad zu gehen oder mit dem Auto wohin fahren würden, vielleicht gar kein Auto hätten. Deshalb sei es ihr politischer Aufruf, wenn es schon den Bundesforsten gehöre, dann solle es doch bitte dem Bund und somit den Menschen, die das ganze ja auch irgendwann einmal bezahlt hätten, zur Verfügung gestellt werde.

GR Erich Kaniak merkt an, dass diese Aussage klassisch sei. Es gelte für die gesamten Bundesforste. Warum zahle die Gemeinde Seewalchen überhaupt eine Pacht für die Promenade. Das gehe ja alles genau in die gleiche Richtung. Man sehe die Spitze bei Privatvermietungen. Dass die Gemeinden in Konkurrenz zueinanderstehen würden und einer höher biete als die andere... das sei ja ein Basar. Aber alle würden mitmachen und würden glauben, man mache es besser als der andere. .. Man habe um 50 Cent weniger bezahlt und er habe damals mehr bezahlt usw. ... Das sei doch grundsätzlich über das Land zu regeln und nicht über eine einzelne Person oder über eine einzelne Gemeinde.

Bgm. Egger ergänzt, dass es nicht einmal mit den Bundesforsten sondern mit dem Finanzministerium zu regeln sei.

GR Dunja Lamatsch möchte noch wissen, ob in dem Vertrag jetzt also nicht drinnen stehe, wann das fertig sein müssen oder ob im Sommer die Bautätigkeiten beendet seien. Sondern die bräuchten solange wie sie bräuchten.

Bgm. Egger antwortet, dass es keinen Vertrag gebe... so etwas werde nicht gemacht. Es gebe einen Bescheid, wie lange man da unten zufahren dürfe. Er dürfe nachher auch zufahren, wenn er zum Beispiel Fenster liefern müsse oder so.

Dann dürfe er über das Wegerl rüberrennen und dürfe drüben die Fenster montieren und müsse sich sein Werkzeug herausräumen und müsse sein Auto wegfahren, weil dies gar nicht anders gehe, wenn man da einen Badebetrieb habe. Man wolle so schnell wie möglich wieder ordentlich baden können und die zweite Fläche auch nützen können. Das sei ja das Interesse von allen. Das könne auch keiner anders empfinden. Das Datum wisse er jetzt nicht auswendig, er glaube, man habe gesagt vor der Badesaison und das sei auch fair gewesen, dass man da auch etwas errichten könne.

GR Lamatsch ergänzt, dass der Bürgermeister ihr die Frage vorweggenommen habe, sie habe nach dem Datum fragen gewollt.

Bgm. Egger antwortet, er wisse es nicht auswendig. Man habe auch um das Datum lange gefeilscht. Das wisse er.

GR Maria-Theresia Dachs habe für die nächste Gemeinderatssitzung, da diese ja die letzte vor der Sommerpause sei, eine Idee. Diese Idee habe sie vor ein bis zwei Jahren einmal in der Zeitung gelesen. Es sei darum gegangen, dass man als Gemeinderat, also alle Mitglieder, ein Zeichen setze, um in der Gemeinde kurze Strecken umweltfreundlich zurückzulegen. Sie denke, dass das Thema in der Gemeinde kurze Strecken zu Fuß oder mit dem Rad zurückzulegen, dies ganz gut ginge. Da könne sich auch der Gemeinderat einmal an einer solchen Aktion beteiligen. Die Idee sei, könne man, wenn es möglich sei, bei der nächsten Gemeinderatssitzung am 7. Juli zu Fuß, bei Rad – klimafreundlich – anreisen. Das sei eine Idee, über die man diskutieren könne. Mache man ein Zeichen, fange man mit sich selbst an. Es sei so ein Minischritt. Dann mache man da draußen ein Foto. Es gehe darum, wenn es möglich sei, gesundheitlich, das sei eh klar. Es würden nicht alle können, es könne sein, dass jemand nachher noch einen Termin habe.... Einer habe kein Auto... aber wenn möglichst viele anreisen würden, dass man dies einmal ausprobiere, dass man aus dem Gemeinderat mit dem Gemeinderad zur Sitzung komme, das sei ihre Idee.

GR Bernhard Strauch gibt an, dass dies eigentlich besser zur Bürgerfragestunde passen würde. Er sei am Wochenende spazieren gewesen und kam auf dem Wanderweg bei der Wagnerstraße vorbei, wo man bei den schönen zwei Häusern vorbei gehe. Er habe extra Fotos gemacht, falls es jemanden interessiere... er könne das gerne herzeigen. Die Barriere wird, so habe er das Gefühl, immer größer. Es würden immer mehr Schilder werden. Man habe eh schon einmal über die rechtlichen Rahmen gesprochen... sein Ansuchen sei, ob man nicht jemanden hinschicken könne, das müsse nicht der Bürgermeister sein, sondern schicke man jemand anderen hin... das sei ja der offizielle Wanderweg... wenn dort ausländische Besucher oder auch Deutsche vorbeigehen würden... das sei.... Seine Frau sei wirklich erschrocken... er wisse, man habe das oft diskutiert... er habe extra Fotos gemacht. Er wolle wissen, wie das nun wirklich sei... die Situation, wie man es jetzt habe, sei dass der Beschluss sei..... also der sei ja bilateral... sei das jetzt wirklich die Endversion, so wie es sein solle. Das sei ein Wahnsinn, wie das aussehe.

Bgm. Egger antwortet, dass das erste Schriftstück von seinem Vorvorgänger handle im Amt. Man könne sich dann ca. vorstellen, wie das aussehe. Damals habe der Sepp geschrieben, dass die Tafeln zu entfernen seien, dass dies zu machen sei, dass jenes zu machen sei. Mittlerweile sei man so, dass man aus allen letzten Schriftstücken eines machen wolle, damit der Balken dort eine Spur kleiner werde und mit einem zweiten Türchen gemacht werde. Denn wie es jetzt gemacht sei, fahre man sogar über die Schräge vom Asphalt drüber.

Vizbgm. Kirchberger möchte in seiner Funktion als Obmann des Sozial- und Generationenausschusses in Kooperation mit dem Wirtschafts- und Projektausschusses sehr herzlich einladen. Die Einladung läge auf den Tischen. Es habe einiges an Mühen, Kraft und Terminkollisionen bedurft... zum Abend der Synergien, der Name sei nicht von ihm, das sage er gleich dazu, aber er gefalle ihm wahnsinnig gut, einladen.

Dann dürfe er über das Wegerl rüberrennen und dürfe drüben die Fenster montieren und müsse sich sein Werkzeug herausräumen und müsse sein Auto wegfahren, weil dies gar nicht anders gehe, wenn man da einen Badebetrieb habe. Man wolle so schnell wie möglich wieder ordentlich baden können und die zweite Fläche auch nützen können. Das sei ja das Interesse von allen. Das könne auch keiner anders empfinden. Das Datum wisse er jetzt nicht auswendig, er glaube, man habe gesagt vor der Badesaison und das sei auch fair gewesen, dass man da auch etwas errichten könne.

GR Lamatsch ergänzt, dass der Bürgermeister ihr die Frage vorweggenommen habe, sie habe nach dem Datum fragen gewollt.

Bgm. Egger antwortet, er wisse es nicht auswendig. Man habe auch um das Datum lange gefeilscht. Das wisse er.

GR Maria-Theresia Dachs habe für die nächste Gemeinderatssitzung, da diese ja die letzte vor der Sommerpause sei, eine Idee. Diese Idee habe sie vor ein bis zwei Jahren einmal in der Zeitung gelesen. Es sei darum gegangen, dass man als Gemeinderat, also alle Mitglieder, ein Zeichen setze, um in der Gemeinde kurze Strecken umweltfreundlich zurückzulegen. Sie denke, dass das Thema in der Gemeinde kurze Strecken zu Fuß oder mit dem Rad zurückzulegen, dies ganz gut ginge. Da könne sich auch der Gemeinderat einmal an einer solchen Aktion beteiligen. Die Idee sei, könne man, wenn es möglich sei, bei der nächsten Gemeinderatssitzung am 7. Juli zu Fuß, bei Rad – klimafreundlich – anreisen. Das sei eine Idee, über die man diskutieren könne. Mache man ein Zeichen, fange man mit sich selbst an. Es sei so ein Minischritt. Dann mache man da draußen ein Foto. Es gehe darum, wenn es möglich sei, gesundheitlich, das sei eh klar. Es würden nicht alle können, es könne sein, dass jemand nachher noch einen Termin habe.... Einer habe kein Auto... aber wenn möglichst viele anreisen würden, dass man dies einmal ausprobiere, dass man aus dem Gemeinderat mit dem Gemeinderad zur Sitzung komme, das sei ihre Idee.

GR Bernhard Strauch gibt an, dass dies eigentlich besser zur Bürgerfragestunde passen würde. Er sei am Wochenende spazieren gewesen und kam auf dem Wanderweg bei der Wagnerstraße vorbei, wo man bei den schönen zwei Häusern vorbei gehe. Er habe extra Fotos gemacht, falls es jemanden interessiere... er könne das gerne herzeigen. Die Barriere wird, so habe er das Gefühl, immer größer. Es würden immer mehr Schilder werden. Man habe eh schon einmal über die rechtlichen Rahmen gesprochen... sein Ansuchen sei, ob man nicht jemanden hinschicken könne, das müsse nicht der Bürgermeister sein, sondern schicke man jemand anderen hin... das sei ja der offizielle Wanderweg... wenn dort ausländische Besucher oder auch Deutsche vorbeigehen würden... das sei.... Seine Frau sei wirklich erschrocken... er wisse, man habe das oft diskutiert... er habe extra Fotos gemacht. Er wolle wissen, wie das nun wirklich sei... die Situation, wie man es jetzt habe, sei dass der Beschluss sei..... also der sei ja bilateral... sei das jetzt wirklich die Endversion, so wie es sein solle. Das sei ein Wahnsinn, wie das aussehe.

Bgm. Egger antwortet, dass das erste Schriftstück von seinem Vorvorgänger handle im Amt. Man könne sich dann ca. vorstellen, wie das aussehe. Damals habe der Sepp geschrieben, dass die Tafeln zu entfernen seien, dass dies zu machen sei, dass jenes zu machen sei. Mittlerweile sei man so, dass man aus allen letzten Schriftstücken eines machen wolle, damit der Balken dort eine Spur kleiner werde und mit einem zweiten Türchen gemacht werde. Denn wie es jetzt gemacht sei, fahre man sogar über die Schräge vom Asphalt drüber.

Vizbgm. Kirchberger möchte in seiner Funktion als Obmann des Sozial- und Generationenausschusses in Kooperation mit dem Wirtschafts- und Projektausschusses sehr herzlich einladen. Die Einladung läge auf den Tischen. Es habe einiges an Mühen, Kraft und Terminkollisionen bedurft... zum Abend der Synergien, der Name sei nicht von ihm, das sage er gleich dazu, aber er gefalle ihm wahnsinnig gut, einladen.

Man habe sich in den beiden Gremien ja dazu comittet, dass man einen gemeinsamen Abend für die Gewerbetreibenden, für Mitbürger:innen, für Vereine, für alle Personen, die am Thema Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Integration, Migration interessiert seien, ins Leben rufe. Gemeinsam mit GR Sebastian Kritzinger sei dies jetzt dankenswerterweise gelungen. Es werde am 31.5. stattfinden um 19.30 Uhr im Festsaal der Raika Seewalchen.Es sei gelungen den Migrationsbeauftragen Sefa Jekin als Redner zu gewinnen, der ganz spannende Informationen zu allgemeinen Themen, Ukraine, aber nicht nur, speziell Österreich... Zahlen, Daten, Fakten... man höre da immer viel... Darüber hinaus komme auch eine Vertreterin des AMS Vöcklabruck, die Zahlen dann auch hinterlege... diese stehe für alle interessierten Personen dann auch für Fragen und Antworten zur Verfügung, wo es wirklich um konkrete rechtliche Informationen allgemeiner Art gehe. Danach solle es noch ein gemütliches Netzwerken mit den Politiker:innen, Bürger:innen, Betrieben, Vereinen und interessierten Bürger:innen geben. Dazu wolle er gemeinsam mit Sebastian einladen. Er würde sich über sehr viele Gesichter freuen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 20:56 Uhr.

Der Schriftführer:

Marktgemeinde Seewalchen am Attersee
AMTSSIGNATUR

Dieses Dokument wurde amtssigniert.

Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.seewalchen.eu/amtssignatur

Signatur aufgebracht von Amtsleiter Christoph Riedler, 10.06.2022 07:24:47

.....
(AL Christoph Riedler)

Der Vorsitzende:

Marktgemeinde Seewalchen am Attersee
AMTSSIGNATUR

Dieses Dokument wurde amtssigniert.

Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.seewalchen.eu/amtssignatur

Signatur aufgebracht von Bürgermeister Gerald Egger, 13.06.2022 07:54:52

(Bgm. Gerald Egger, MBA)

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom 07.07.2022 keine Einwendungen erhoben wurden und diese Verhandlungsschrift daher im Sinne des § 54(5) Oö. GemO 1990 als genehmigt gilt.

Der Vorsitzende:

(Bgm. Gerald Egger)

Für die SPÖ-Fraktion:

.....
(GV. Ing. Kurt Berger)

Für die ÖVP-Fraktion:

.....
~~(GV. Markus Kitzberger)~~
VIZEBÜRGERMEISTERIN HASERL

Für die FPÖ-Fraktion:

.....
(GV. Karin Hemetsberger)

Für die GRÜNE-Fraktion:

.....
(GV. Claudia Hauschildt-Buschberger)